

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund  
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1.20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung u. Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brabeck 2-3 — Fernruf Amt Wilhelm 5646 u. 5647

Nummer 27

Berlin den 4. Juli 1931

6. Jahrgang

## Zum Verbandstag in München

In der Fremdenverkehrs-, Kunst- und Hauptstadt München, der Stadt der bayerischen Eigenart, tritt am 5. Juli das Parlament der Fabrikarbeiter zum siebenzehnten ordentlichen Verbandstag zusammen, um Rechenschaft der Verwaltung entgegenzunehmen, um zu prüfen, ob die selbstgegebenen Gesetze sich bewährt haben, ob sie den Zeitverhältnissen noch entsprechen, ob sie geändert werden müssen, um zu beraten, wie der Verband am besten über die aufgetretenen Schwierigkeiten gebracht werden kann und um neue Wege zu bereiten, damit das Heer der 440 000 Mitglieder seinen Anmarsch zum Kampf für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, für eine Umgestaltung der versagenden kapitalistischen Wirtschaft besser und schneller vollziehen kann.

Eine leichte Arbeit wird das nicht sein, die bewältigt werden muß, und die Zeit ist auch nicht gerade dazu angetan, alle gestellten Wünsche zu erfüllen, es allen Mitgliedern recht zu machen und damit vollste Zufriedenheit auszulösen. Aber getan muß sie werden, da hilft alles nichts. Die schnelllebige Zeit gebietet Handeln, Einstellen der Organisationsleistungen auf die neuesten Ereignisse, Anpassen an die veränderte Wirtschaftslage, scharfes Abstecken der Kampfstrategie, Festhaltung der aufgestellten Kampfziele, Erneuerung unserer Lösung.

Mitgliedern und Hauptvorstand melden ihre zahlreichen Wünsche auf Aenderung der Verbandsverfassung bereits an und der Verbandstag hat zu beschließen, was zu geschehen hat. Das Interesse am Verbandsgeschehen ist sehr reg, aber eines scheint schon festzustehen, alle Wünsche zu berücksichtigen, ist nicht möglich. Das kann ja auch nicht sein. Die gesammelten Erfahrungen der letzten drei Jahre und die harten Tatsachen, die die Klassenverhältnisse beeinflussen, wirken bestimmend und können nicht außer acht gelassen werden. In erster Linie ist zu prüfen, wie steht es bei der Invalidenunterstützungseinsparung aus. Wie beeinflusste der auf der letzten Generalversammlung 1928 so umstrittene Punkt die Klassenverhältnisse, können die dazu gefassten Beschlüsse aufrechterhalten werden, waren die feinerzeitigen Unterlagen richtig, kann es so, wie beschlossen, bleiben? Die dazu gestellten Anträge gehen darauf schon eine verneinende Antwort und der Verbandstag wird Aenderungen beschließen müssen. Das wird sich nicht vermeiden lassen. Die Klassenverhältnisse werden auch ein Ueberprüfen der anderen Unterstützungsanstalten notwendig machen und die steigenden Ausgaben werden unvermeidlich den geringer gewordenen Einnahmen angepaßt werden müssen. Die harte Wirklichkeit gebietet in solchen Fällen, sie formt den Willen des Delegierten und bedingt gerechte durchführbare Beschlüsse.

Ueber die Einführung des neuen Unterstützungsweiges für invalide Mitglieder besteht wohl im ganzen Verband nur noch eine Meinung: der Beschluß war richtig! Die kurze Zeit ihres Bestehens brachte die Bestätigung, daß sie notwendig war für unsere alten Mitkämpfer und Mitkämpferinnen, notwendig aber auch als Mittel für die Verbandsstabilität und gegen die Inflation. Die Invalidenunterstützung ist ein Bindemittel für den Zusammenhalt im Verband und wird es auch bleiben. Sie trug sehr viel zur Erhaltung des Solidaritätsgedankens bei und hat sicher Anteil mit daran, daß unser Verband nicht so stark zahlen- und stimmungsmäßig von der Krise beeinträchtigt wurde, wie das bei früheren Krisen der Fall war. Die Stärke des Kampfbundes ist infolge der Einführung der Invalidenunterstützung mobil geblieben, deshalb erstuhr auch der Kampfcharakter des Verbandes eine Steigerung und ist nicht geschwächt worden, wie die Unken seinerzeit voraus sagten. In Zukunft wird das für die Organisation ein noch größerer Vorteil sein. In diesem Zusammenhang soll auch gesagt werden, daß sich die älteren Mitglieder des ehemaligen Glas- und Porzellanarbeiterverbandes besonders über die Einführung der Invalidenunterstützung freuen, weil es in den alten Berufsverbänden wohl kaum möglich gewesen wäre, den neuen Unterstützungsweig so wie in der jetzigen Organisation auszubauen. Das wird vielfach in den Versammlungen mit Recht betont und ist so beachtenswert, daß es auch hier erwähnt zu werden verdient. Wenn nun gerade in den Bestimmungen zur Invalidenunterstützung eine Aenderung eintritt, so macht sich das notwendig, um die Grundrechte zu erhalten und um die gemachten Erfahrungen zum Wohle aller unserer Invaliden auszuwerten. Wer verantwortlich führen will, muß das tun. Der Verbandstag wird alle Gesichtspunkte in dieser Hinsicht beachten und dementsprechend beschließen.

Auch in anderen Unterstützungsweigen müssen diesmal, wie die Anträge erkennen lassen, Aenderungen vorgenommen werden, weil für die Klasse die Ansprüche in der Krisenzeit einfach zu hoch sind und ihre Kraft übersteigen. Also die Unterstützungen sollen nicht beschnitten werden, um die Mitglieder zu ärgern, sondern das Einschränken macht sich notwendig, weil die Möglichkeiten der Beitrags-erhöhung in der gegenwärtigen Zeit als Ausgleich nicht ausgenutzt werden können. Diese harten Tatsachen dürfen nicht übersehen werden.

Die vorgegebene vorläufige Tagesordnung ist sehr umfangreich. Zehn Punkte, darunter der zweite mit fünf Unterpunkten, zeugen davon, daß viel Arbeit bewältigt werden muß. Die Berichterstattung des Vorstandes wird eine ganze Zeit in Anspruch nehmen und Diskussion auslösen, desgleichen die Tarif- und Lohnbewegungen im Verbandsgebiet, „Statutenberatung“ und „Der Gewerkschaftskongress in Frankfurt“. Zu den notwendigen und wichtigen Referaten kann man wohl „Die Jugendbewegung in unserem Verband“ und „Die deutsche Wirtschaft im Rahmen der Weltwirtschaft“ zählen. In der Jugendbewegung unseres Verbandes machte sich erfreulicherweise in den letzten Jahren eine größere Lebendigkeit bemerkbar. Wo sich geeignete Kolleginnen und Kollegen unserer Jugend annehmen, bilden sie lebendige, lebensfähige Gruppen, aus denen sicher aktive Kämpfer für den Verband hervorgehen werden. Welche Bedeutung unsere Jugendbewegung schon hat, geht daraus hervor, daß bereits örtliche Jugendblätter herausgegeben werden und daß auch vom Hauptvorstand die Herausgabe einer Jugendzeitschrift gefordert wird. Die Jugend ringt um Geltung, um Beachtung, verschaffen wir ihr die, das wird sich lohnen und dem Verband förderlich sein.

„Die deutsche Wirtschaft im Rahmen der Weltwirtschaft“ ist eine dankenswerte Aufgabe in dieser Zeit, zu der sicher der Gewerkschaftskollege Willert, der ehemalige Reichsarbeits- und Wirtschaftsminister als Kenner der Dinge sehr viel Beachtliches zu sagen haben wird. Gerade in wirtschaftlichen Dingen fehlt die Einsicht, kann nicht genug Aufklärung ins Volk geben; denn bei besserer wirtschaftlicher Ueberlegung könnte unmöglich ein so proletarisches Volk wie die Deutschen eine so

politisch zerklüftete und arbeiterfeindliche Volksvertretung in die Parlamente wählen und sich politisch so verwirrt machen und irreführen lassen. Wirtschaftliche Erkenntnis muß noch viel mehr Platz greifen; denn auch viele Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen stellen in ihrer gewerkschaftlichen Organisation so manches Mal die Politik vor die Wirtschaft. Das ist nicht gerade falsch, aber auch nicht richtig. Wer sich wirtschaftlichen Organisationen anschließt, für sie Opfer bringt, und ihre Gesetze anerkennt, muß auch dafür eintreten, daß dort in erster Linie wirtschaftliche Angelegenheiten erörtert werden und zur Durchführung gelangen. Dabei braucht nicht etwa die Politik mißachtet werden.

Auch das Thema „Arbeitsrecht und Reichsarbeitsgericht im Lichte der Rechtsprechung“ wird interessante Ausblicke geben und bestätigen, daß Recht nicht in allen Fällen Recht ist, sondern daß das Recht den Zeitströmungen und den jeweiligen Machtverhältnissen Rechnung trägt, besonders aber dann, wenn sich die Machtverhältnisse zugunsten des Unternehmertums wenden.

„Die Agitation unter den Arbeiterinnen“ ist auch wert, von allen Seiten und Gesichtspunkten aus behandelt zu werden; denn eine ansehnliche Zahl Fabrikarbeiterinnen will noch immer nicht einsehen wie notwendig für sie gewerkschaftlicher Schutz und Rückhalt ist. Es wäre zu begrüßen, wenn es dem Verbandstag gelänge, die besten Agitationsmethoden für die Frauen zu finden.

Die übergroße Mehrzahl der gestellten Anträge beziehen sich auf das Unterstützungsweesen und die Aenderung von Statuten sowie innerorganisatorische Verhältnisse und Gebaltsregelung. Nur bei ganz wenigen Anträgen ist die sogenannte oppositionelle Tendenz „der Kollegen von links“ erkennbar. Ein Zeichen beginnender Erkenntnis kann man das nennen. Diese Opposition ist flügelarm geworden, ihr ging die frühere Schwungkraft verloren, sie hat keinen Elan mehr. Ihr Wollen und Wirken erlitt Schiffbruch an der rauhen Wirklichkeit und versagte in der Praxis. Scheinrevolutionäre Romantiker bekommen bei den sachlich denkenden Gewerkschaftsmitgliedern keinen Boden mehr unter die Füße.

Ein Teil Anträge bezieht sich auch auf den Keramischen Bund und seine Zeitung. Was 1928 bereits beantragt war und nicht zur Durchführung gebracht werden konnte, soll auf diesem Verbandstag gefordert werden. Ob es diesmal möglich ist, den Anträgen auf Zusammenlegung gemäß zu beschließen, muß bezweifelt werden. Fünf Jahre reichen noch nicht aus, den Schritt auf diese Weise zu tun. Ueberreifer ist der Entwicklung in so manchen Fällen mehr hinderlich als förderlich. Deshalb ist es ratsam, zu überlegen, ob der allgemeinen Gewerkschaftsentwicklung ein Dienst erwiesen ist, auf einem Verbandstag so zu verfahren, wie die Antragsteller das wünschen. Einige Antragsteller beachten nicht einmal, daß der „Keramische Bund“ für den Keramischen Bund und für den Verband eine Organisationsfrage ist, deren Lösung mit der Annahme eines Antrages auf Zusammenlegen nicht vollzogen sein kann. Ein Kampfobjekt wird die Erledigung dieser Frage wohl nicht werden, der Verbandstag findet sicher Mittel und Wege, ihr Serechtigkeit widerfahren zu lassen. Er wird in dieser Frage so handeln, wie das die bisherigen Erfahrungen ratsam erscheinen lassen.

Die gegenwärtigen Verhältnisse gebieten, die organisatorische Macht der Fabrikarbeiter zu wahren. Die Absichten der Unternehmer deuten daraufhin, daß sie aufs Ganze gehen wollen. Sie äußerten sogar die Absicht, die gegenwärtige Regierung durch ein Direktorium von ihren Gnaden zu ersetzen, also eine Unternehmerdiktatur unter dem Beistand der Hitler-Partei aufzurichten, die Tarifrechte der Arbeiter vorläufig auf mehrere Jahre zu beseitigen und die Arbeiter nach ihrem Ermessen zu entlohnen, desgleichen die Arbeitslosenversicherung nach ihrem Gutdünken zu ändern und die Ausgaben für die Sozialgesetzgebung einzuschränken. Der Etat des Reiches soll auf seiner Ausgabe Seite einfach um 3 Millionen gekürzt werden. Ihre Bestrebungen versuchen die Unternehmer mit wirtschaftlichen und politischen Mitteln durchzusetzen. Wir können wahrnehmen, daß das deutsche Unternehmertum drauf und dran ist, gerade jetzt in der Krisenzeit seine reaktionären Tendenzen durchzusetzen und Wirklichkeit werden zu lassen. Seine Forderungen wurden ungerechter, seine Sprache zynischer und sein Handeln rücksichtsloser und brutaler. Es hält den Zeitpunkt für gekommen, die Arbeiterschaft auf die Knie zu zwingen und Gewalt vor Recht gelten zu lassen.

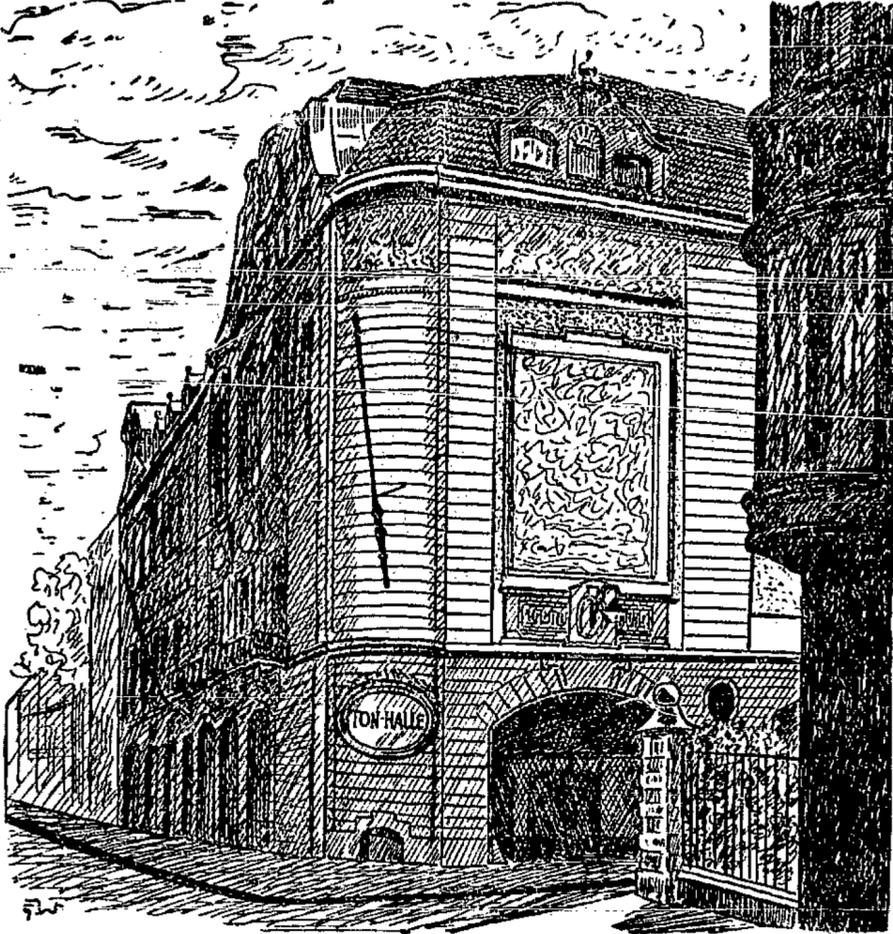
Die Verhandlungen auf dem Verbandstag müssen der Kollegenschaft und der Öffentlichkeit zeigen: So sieht es aus, das ist die Lage. So haben wir uns dazu einzustellen. So muß gehandelt werden, wenn wir die Generaloffensive der Unternehmer mit abschlagen und wenn wir über alle Schwierigkeiten und Gefahren ohne Schaden hinwegkommen wollen. Die Krise ist in einigen Wochen und Monaten nach dem Verbandstag noch nicht vorbei. Die Anforderungen an die Organisation steigen. Arbeitslose, Kranke, Invaliden brauchen Unterstützung, die gesichert werden muß. Mehr als zulässig, kann nicht abgegeben werden, das gilt es, in Zeiten steigender Sozialnot zu bedenken. All das hat der Verbandstag zu berücksichtigen.

Unser Verbandstag fällt in eine Zeit drückender Not, ausländischen Elends schlimmer Niedergeschlagenheit aber auch in eine Zeit schärfster sozialer Kämpfe, größter Wirtschaftskrisis und breitetster Frontalangriffe des Unternehmertums. Dem muß begegnet werden, soweit das in unseren Kräften steht. Die Solidarität und die soziale Hilfeleistung waren bisher die Stärke unseres Verbandes, er brachte in den letzten sieben Jahren 48 Millionen Mark für Unterstützungen auf. Das ist eine soziale Tat höchsten Ranges und ein Zeichen edelster Gesinnung der freiwillig Opfernden zum Zwecke des gegenseitigen Helfens. Wir können stolz sein auf diese Leistung.

In München sollen unsere Beratungen zu dem Ergebnis führen, daß der Verband auch weiterhin Vertreter, Stütze und Rückhalt seiner Mitglieder, Kampforganisation für die gesamte Arbeiterschaft seiner Industriegebiete, Pflegestätte für das geistige Leben seiner Anhänger, Teilhaber an den sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Errungenschaften national und international in höchstem Maße bleibt. Das wird aufmuntern, anregen, förderlich sein und dazu beitragen, das Fabrikarbeiterproletariat aufzurütteln, damit nicht nur bisher erungene Positionen erhalten, sondern neue hinzu erkämpft werden. Die Macht und Herrschaft unserer Gegner muß gebrochen werden mittels der Solidarität und Konzentration Hunderttausender Einzelglieder im Verband und der Millionen in den Gewerkschaften.

Möge der Verbandstag seine Arbeit in diesem Sinne verrichten!

E. R.



Die Tonhalle in München, das Tagungslokal

# München / Von Eugen Kirchpfering

Die Metropole des Freistaates Bayern, in Festreden von Künstlern und Akademikern stolz „Byzanz-Athen“ genannt, unterscheidet sich in ihrem städtebaulichen Charakter wesentlich von ihrer Nachbarstadt Augsburg oder gar Nürnberg. Der Münchener



Rindlermarkt mit Peterskirche

als Zeitgenosse pocht daher fremden Gästen gegenüber nicht etwa auf noch vorhandene köstliche Zeugen des Mittelalters, weil er da glaubt, zu kurz zu kommen. Er geleitet sie, nachdem er zuerst mit ihnen im Hofbrauhaus war, durch die Renommier-Boulevarde: die Ludwigstraße und die Maximilianstraße, die von Ludwig I., der 1848 wegen seiner spanischen Tänzerin Lola abdanken mußte, und von Max II., der „Seinem Volke“ eine laue Verfassung gab, erbaut wurden. Ludwig des Ersten über-schwängliche Liebe auch zur alten griechischen Kunst verjüngt den herben Charakter bodenwüchsiger Bauweise der oberbayerischen Alpenvorstadt mit einem Schuß antiken Griechentums, und so wuchs im 19. Jahrhundert aus dem groben Kies, auf dem die Stadt steht, ein auf der Ostseite offenes Quadrat klassischer Denkmäler als Kopien in Originalgröße: Westlich die Propyläen, die einst als Tor, das zur Akropolis, der Stadt-burg Athens führte, dort 498 bis 431 v. Chr. erbaut wurden, nördlich die Glyptothek mit ihrer Sammlung prächtiger Schöpfungen antiker Bildhauerei, südlich ein im Säulenstil errichtetes Gebäude, eine staatliche Gemäldeausstellung. Wer also ein getreu nachgeschaffenes heidnisches Stück Altgriechen-land unter dem allzeit frommen Himmel Bajawariens be-schaulich genießen will, der frage nach dem Königsplatz. Nicht weit davon ließ derselbe Ludwig, der ein fürstliches Original war, die beiden Pinakotheken bauen. Paläste zur Schau der Malerei neuerer und alter Meister. In ersterem lebt in end-loser Reihe von Sälen die farbige Kunst des 19. Jahrhunderts, im anderen umfängt uns die Weiße der Unsterblichkeit von Werken Albrecht Dürers, Rubens, Rembrandts, Tizians, Kafeln, von denen Leben und Farbe leuchtet die Jahrhunderte hindurch.

Und wandern wir wieder durch die Straßen, dann begegnen wir abermals Brunnbauten Ludwig I., so dem Siegestor, der Feldherrnhalle, der Kolossalstatue der Babaria und zahlreichen Bildsäulen mehr oder weniger berühmter Männer. So spiegeln sich im Charakter der Stadt die reichlich empfangenen Züge fürstlicher Guld, und selbst das Oktoberfest, diese weltberühmte, wochenlang dauernde Durbulenz unter mächtigen Bierfassern auf der Theresienwiese verdankt der Münchener der Hochzeit dieses leuchtblütigen, in alien Tagen etwas schrullenhaften Herrschers. Hinter so vielem dynamischem Heberischwang möchte man die stadtbürgerliche Entwicklung des Gemeinweins fast übersehen, wenn nicht das aufdringlichste Wahrzeichen, das im 15. Jahrhundert erbaut, fast tyrannisch gebietende, dunkle Ziegelturm der Frauenkirche an den hohen Stand der Gewerbe und Kunst erinnerte. Die Türme des Doms sollten



Oktoberfest

spitzig in den Himmel wachsen, aber die durch gottgefällige Ab-lässe geangelteten Moneten reichten nicht mehr aus, und so wurden sie (Schwamm drüber) rasch unter die beiden bau-historisch gewordenen Säulen gebracht. Man sagt, die Maß-krüge mit ihren so egoistisch darauffühenden Zinndedeln hätten ihren Bau den Frauenbürgern entlehnt. Aber das weiß man nicht genau. — Die Geschichte der Stadt reicht jedoch viel weiter zurück. Um die schon 1181 erbaute Peterskirche gruppierte sich der älteste Kern Münchens. Der „alte Peter“ mit seiner feuch-fröhlichen Tradition hatte ursprünglich zwei Türme. Die heutige Turmform mit dem sonderbar gesormten Helm erhielt die Kirche erst nach einem zerstörenden Brand im 14. Jahrhundert.

Die Entstehung Münchens wird siedelnden Mönchen, die dem Bischof von Freising unterstellt waren, zugeschrieben. Da-her ursprünglich der Name „Munichen“, der Ort der Mönche. Dieser Freisinger Bischof betrieb an dem Pfarsiedeln Föhring eine einträgliche Zollstätte und Salznieberlage, die in einer dunklen Frühlingsnacht der Welfenherzog Heinrich der Löwe überfiel, die Brücke über die Isar zerstörte, um durch Errichtung einer neuen Brücke und Zollstätte oberhalb Föhrings, bei München, den Handel und Verkehr mit Salz an sich zu ziehen. So entstand die Stadt der „Gemütlichkeit“ durch einen recht ungemütlichen habgierigen Streich, den ein weltlicher Glücks-ritter einem geistlichen lieferte. Dieser Salzhandel, besonders aus Reichenhall, war ja damals eine gute Einnahmequelle, und zum Dank dafür hält das Münchener Kindl, das Mönchlein, heute noch in der einen Hand einen Maßkrug und in der anderen einen Rektik („Rad“), der ja ohne Salz keinen Durst erzeugen würde. Und noch in der neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurden die in den Vorstadtgassen ansässigen Kleinkrämer „Salzstöpler“ genannt. In idealer Konkurrenz mit diesem sauren Element mag ja auch die madere Bier-produktion betrieben worden sein, denn auch der Durst ist ein Wahrzeichen Münchens. Vor einigen Jahrzehnten noch hatte die Stadt etwa 40 Bierbrauereien mit jährlich 2½ Millionen Hektoliter Erzeugung. Die heute auf wenige Riesenbrauereien verteilte Bierproduktion ist nicht gesunken, denn außerhalb des einheimischen Verbrauchs richtet sich das Augen-merk der Direktoren der Großbrauereien auf den Export.

Doch kehren wir nochmals zurück in die Vergangenheit, da ja so übereifrige Plauderei doch nur geeignet ist, den moralischen Ruf des Müncheners zu schädigen. Im National-museum an der Prinzregentenstraße findet der Beschauer ein riesiges Holzmodell des Drechlermeisters Sandner, an dem er die bauliche Anlage der Stadt im Jahre 1572 noch in allen Einzelheiten, mit unerhöht künstlerischem Fleiß ausgearbeitet, sehen kann. Um die Wende des 13. und 14. Jahrhunderts ist München schon eine ansehnliche Stadt geworden, und so legte sich Jahrhundert um Jahrhundert ein neuer Mauerring um sie. Aus der Sandnerischen Zeit mit ihrem typisch-gotischen Münchener Baustil: dem Halbgiebel und den Dachaufbauten mit den Flaschenzügen, haben sich noch spärliche Reste bis in die Gegenwart herübergerettet. Rapid-ausgewischt wurde das ursprüngliche München im Stadtzentrum in den vornehmeren Straßen, die nicht ausschließlich dem Marktverkehr dienen, im Laufe des 18. Jahrhunderts. Der Hofadel ließ seine Paläste unter italienischem und französischem Einfluß in Früh- und Spätrenaissance, in Barock und Rokoko errichten, und das Bürgertum verließ die schöne Sitte, seine Häuser mit Fresken zu versehen, die damals in oberbayerischen Gebirgsdörfern wie Kälz und Mittenwalb Nachahmung gefunden hatte. Erhalten sind noch das 1400 erbaute Zeughaus am Jakobspfad, das alte Rathaus (nicht zu verwechseln mit der nachgemachten Gotik des neuen Rathauses), vor allem Reste vom „Alten Hof“, der 1255 von Ludwig dem Strengen erbauten Residenz. Kurios für unsere Tage sind die noch bewohnten, mehr a l'ancien Charakter tragenden, aus Holz errichteten, „Herbergen“ genannten Häuschen mit steinbeschwertem Regenschindeln auf den Dächern in den schon vor dem eigentlichen München entstan-denen Ansiedelungen, den Isarvorstädten auf der rechten Fluss-seite: Haidhausen, Au und Giesing.

Unweit dieses alten Bodens Münchener Geschichte, zwischen zwei Armen der Isar, erhebt sich ein moderner Riesenbau, dessen Neuhäres mit dem ragenden vierkantigen Turm schon seine Bestimmung zur lebendigen Wissenschaft gegenwart-trend und zukunftsüberdend betont: Das Deutsche Museum. Jahrzehnte gingen dahin, Jahre des Krieges und äußerster Not, aber der Bau dehnte sich dennoch in die Höhe und Weite, wie das fleghafte Symbol der Zusammengehörigkeit von Arbeit und Wissenschaft. Das Einzigartige des Deutschen Museums ist, daß es nicht eine bloße riesige Sammelstätte von Objekten, sondern ein Organismus ist, der das unsterbliche Leben menschlicher Kultur in seinen ineinanderwirkenden Einzel-heiten, wie in seiner ununterbrochenen Verbundenheit zeigt, eine Erziehungsstätte größten Stils in jedem einzelnen Beruf, eine Zusammenkunft des Mannigfaltigen zu weltumfassender Kulturinheit. Wir wandeln eine Stunde lang durch die unter-irdischen Schächte der Bergwerke und erleben das mühe- und gefahrenvolle Schicksal des Arbeiters „unter Tage“, steigen auf-wärts, und die unendliche Flucht der Hallen und Säle begnadet uns mit Ehrfurcht vor der Macht der Arbeit und des Gedankens.

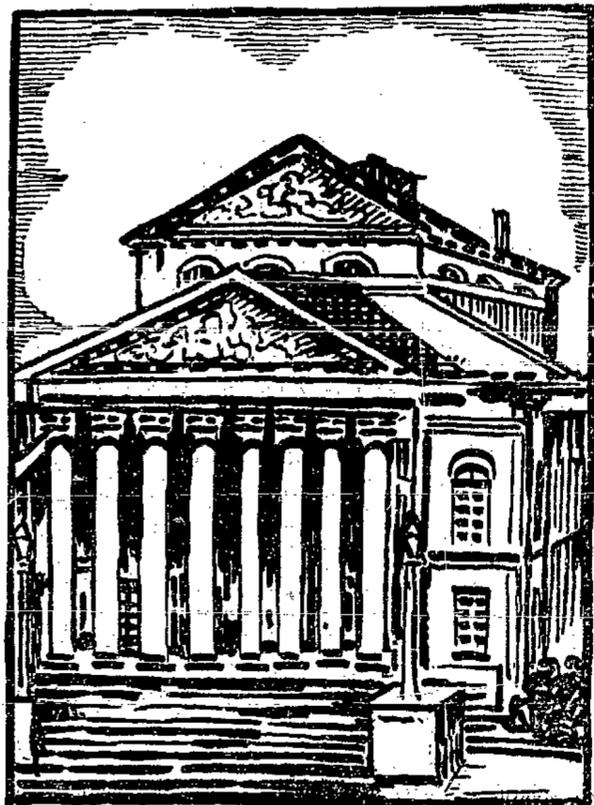
Steigen wir auf dem Turm des Museums. Von seiner Plattform aus dehnt sich die Stadt mit ihren vielen Kirchen; fern im Süden, wie hingehaucht, ziehen die Alpen ihre zadigen Konturen. Das wildromantische Isartal trägt der Berge Atem bis vor die Tür Münchens. Im Nordosten, weit hinziehend, dehnt sich der Englische Garten mit einem regelrechten linearen Turm (eine Wirtschaft) und einem größeren künst-lichen See, eine der ausgedehntesten gärtnerischen An-lagen Europas. Zur Lustigung und Geldverschwendung bahe-tige Kurfürsten, vor allem Max Emanuel, wurde an der Wende des 17. zum 18. Jahrhunderts im Westen Schloß Nymphenburg in Rokoko mit Parks und Wasserkünsten nach dem Vorbild des Wiener Lustschlosses in Wien hineingebauert. Die dort betriebene weltbekannte Porzellanmanufaktur beschäftigt heute noch etwa 80 bis 90 Arbeiter, die jetzt teilweise kurz-arbeiten. Aber auch in besseren Zeiten waren da meist auch nicht mehr als 100 Personen tätig. An der östlichen Peripherie Münchens stehen mächtige Schornsteine in den Himmel. Dort hat das Wasser in Jahrtausenden ausgedehnte Lehmlager auf-gebaut, und so finden wir da den Bezirk großer Dampf-ziegeleien. Früher arbeiteten da nur die außerordentlich be-dürfnislosen Italiener, die mit Polenta zufrieden waren, heute aber finden auch die einheimischen Ziegeleiarbeiter wenig Beschäftigungsmöglichkeit, denn die Rentabilität leidet schwer unter der Krise.

München trägt nicht den Charakter einer Industriestadt, es ist Fremdenstadt, und der Erwerb stellt sich immer mehr auf diese unruhige Position ein. Die Existenz wird auch in „Byzanz-Athen“ immer schwerer, denn die Tradition froher Leichtlebig-

keit ist keine ewige Kapitalanlage. Die alten, urgemütlichen Vergnügungstätten, in denen alle Stände zu lustigen Festen, bei denen Künstler und Dichter nicht fehlten, zusammen-kamen, hat der Rachen der Großstadt verschluckt. Münchens Lust der fröhlichen Billigkeit und seine landschaftlich reizvolle Lage locken einst die Ritter der Feder und des Pinsels in weiten Landen.

Wo früher geschichtlich gewordene Wirtschaften waren, da wo früher geschichtlich gewordene Wirtschaften waren, da drängt sich heute nüchternes, aber um so aufdringlicheres Melange-Geschäftstreiben auf. Da war gegenüber dem heute noch bestehenden Seidischen Bäder in der Theaterstraße, in der Nähe der Feldherrnhalle, der „Goldene Hirsch“. Bei ihm hielt im Dezember 1766 auch der berühmte gewordene Liebes-abenteurer Casanova Raft, und die Frauentürme sind nicht eingefallen! Auch der altpreussisch geschürigelle Gotthold Ephraim Lessing hat da gewohnt, und der alte Leopold Mozart mit seinem später so begnadeten Sohn Wolfgang, der in München dann die „Zauberflöte“ komponierte.

Die Zeit der blauen Blume der Romantik und des Wieder-meiertums ist verschwunden. Dem Zuge der Zeit haben auch

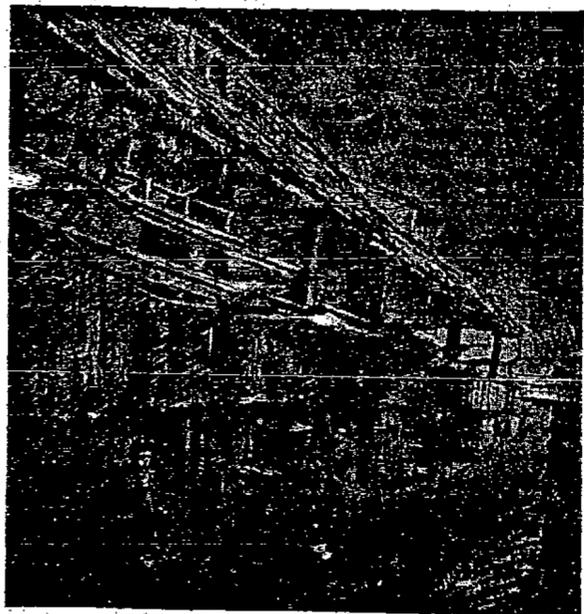


Nationaltheater

die alten Gaststätten ihr Opfer gebracht. Es sind Riesenfälle gebaut worden, die heute auch dem immer geistigeren politischen Versammlungslieben dienen. In einer unvergeß-lichen Kundgebung im damals „größten Saal Deutschlands“, im Münchener Kindler, am 31. Oktober 1890, in der Volkmar sprach, feierte die Münchener Sozialdemokratie den endlichen Sieg über die Kurassierfellektatik des „eisernen Kanzlers“. Von nun ab genügten auch nicht mehr die kleinen Lokale, die Arbeiterchaft und eine Elite-schicht freigeistlicher Bürger strömte in Massen in die lauzende saffenden Festäle, wenn die Sozialdemokratie durch den Mund einer ihrer Wortführer zu politischen Tagesfragen oder zu Gegenständen von kultureller Bedeutung Stellung nahm. Und so ist es geblieben bis zum heutigen Tag, trotz alledem!

Auch die freigewerkschaftlichen Organisationen sind in München, dank einer straffen Führung, fest in der Solidarität einer Klassenbewußten Arbeiterschaft verankert, und die fachspezifische Windbeutelerei vermag nichts gegen den Geist einer geschlossenen Phalanx.

Schließen wir nicht, ohne einer Katastrophe zu gedenken, die die Kunststadt vor wenigen Wochen, in den Morgenstunden des 6. Juni, betrafen. Der Glaspalast, ein seit 80 Jahren stehendes riesiges Ausstellungsgebäude mit seinen unbezahl-baren Werken aus Künstlerhand, war erst wenige Tage, wie alljährlich, den Besuchern aus aller Welt geöffnet worden. Ein verheerendes Feuer hinterließ nur mehr eine Trümmerstätte, die Schätze vergangener Jahrhunderte und Kunstgut unserer Zeit in das Nichts verwandelnd. München wurde durch diese Katastrophe an einer empfindlichen Stelle getroffen, am Nerv seines bisher bewährten Ausstellungsweins.



Berchtesgarden in der Au

# Die Entwicklung der Zahlstelle München

Zum zweiten Male tagt das Parlament des deutschen Fabrikarbeiterverbandes in München. Aus diesem Grunde ist es wohl angebracht, einen kurzen Überblick über den geschichtlichen Werdegang der Zahlstelle zu geben.

Eine geraume Zeit ist seit der ersten Tagung, die im Jahre 1908 stattfand, dahingegangen. Vieles hat sich seither geändert; mancher von denen, die damals als Vorstandsmitglieder, Delegierte oder infolge einer anderen Funktion an dem Verbandstag teilgenommen haben, ist durch den Tod abberufen worden. Andere wiederum sind an ihre Stelle getreten. Aber nicht nur die Lücken wurden ausgefüllt, sondern auch der Verband hat sich weiterentwickelt zu einer großen und mächtigen Organisation.

An dieser Entwicklung hat die Zahlstelle München genau so Anteil genommen, wie zur Zeit der Anfänge des Verbandes. Als im Jahre 1890 in Hannover einige beherzte Männer das Fundament unseres Verbandes legten und hernach ihre Ziele und Bestrebungen in alle deutsche Gauen trugen, da dauerte es auch in München nicht mehr sehr lange, bis die dort gelegte Saat reifte. Wie anderwärts, so wurden auch hier die ungelerten Arbeiter als die „Parias“ unter der Arbeiterschaft betrachtet.

Und so wurde am 12. August 1894 in München der Verein zur Wahrung und Förderung der Interessen aller Tagelöhner und nichtgewerblichen Arbeiter für München und Umgebung gegründet. Nach kurzer Zeit schon ist die Mitgliederzahl, die sich in der Hauptsache aus Bau-, Metall- und Brauereihilfsarbeitern zusammensetzte, auf etwa 300 angewachsen. Diese Neugründung mußte jedoch auch verschiedene Minderfraktionen durchmachen. Es mangelte noch an gegenseitigem Vertrauen, und die Versammlungen waren oftmals ausgefüllt von persönlichen Streitigkeiten. Manchmal hatte es sogar den Anschein, als ob wieder alles entzweigehen würde. Ein Teil der vorhandenen Mitglieder hielt es deshalb für notwendig, den Lokalverein aufzulösen, und den Zusammenschluß mit dem in Hannover gegründeten Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter Deutschlands herbeizuführen. Die damalige Führung, vor allem der Kollege Willi, sträubte sich jedoch sehr entschieden dagegen, so daß zu der Zeit aus dem Anschluß nichts wurde. Die Bestrebungen des Anschlusses trennten sich dann vom dem Lokalverein und suchten von sich aus Verbindung mit der Zentralorganisation in Hannover. Es bestanden deshalb in München eine Zeilung zwei Organisationen der ungelerten Arbeiter. Erst am 7. März 1897 beschloß dann eine Generalversammlung des Lokalvereins die Auflösung des Vereins und zugleich den Anschluß an den Zentralverband in Hannover. Trotz dieses Anschlusses bestanden aber merkwürdigerweise in München immer noch drei Zahlstellen des Verbandes nebeneinander. Die Verwaltungen der Zahlstellen sahen dabei ihre Hauptaufgabe darin, den Zahlstellenbereich genau abzugrenzen und mit peinlicher Genauigkeit zu überwachen. Erst im Jahre 1900 kam es dann zur Vereinigung der drei Zahlstellen. Dabei stellte aber eine davon noch die Bedingung, daß in ihrem Bezirk auch in Zukunft genau dieselben Versammlungen abgehalten werden müssen, und die bisherigen Agitationsmittel zu beachten seien. Am 1. August wurde, da inzwischen die Mitgliederzahl auf 1116 männliche und 282 weibliche gestiegen war, der „Kolleg-Sammel als Geschäftsführer angestellt. Die zu der Zeit erhobenen Beiträge reichten jedoch zur Bestreitung der Ausgaben nicht aus, so daß der Hauptvorstand einen für die dortigen Verhältnisse ziemlich hohen Betrag aufzubringen mußte.

In der Zwischenzeit war es möglich, für einige Gruppen die ersten Tarifverträge abzuschließen. So konnten für das Trägerpersonal der „Münchener Zeitung“ schon nach einem kurzen Streik bedeutende Verbesserungen erzielt werden. Die erreichten Erfolge und die damit verbundene Agitation brachten eine sprunghafte Aufwärtsentwicklung der Zahlstelle. Es ist in diesem Rahmen nicht möglich, alle die Industrien anzuführen, in denen damals Mitglieder unseres Verbandes beschäftigt waren und ihre Interessenvertretung verlangten. Damit erweiterte sich das Aufgabengebiet, und es mußte deshalb eine Hilfskraft angestellt werden. Am Ende des Jahres 1905 ist die Mitgliederzahl bereits auf rund 4800 gestiegen. Nun kamen aber auch schon die Ansprüche anderer Organisationen auf Abgabe der Mitglieder in den Bau- und Verkehrsbetrieben. Rund 800 Mitglieder mußten deshalb an die in Betracht kommenden Organisationen abgegeben werden. Dieser Verlust konnte aber im nächstfolgenden Jahre wieder ausgeglichen werden.

Inzwischen wurden zwei weitere Kollegen angestellt, so daß nunmehr drei Kollegen und eine Hilfskraft für die Interessenvertretung der Mitglieder tätig waren. Besonders reich an Kämpfen war das Jahr 1906. Es waren nicht weniger als 20 Streiks zu führen, und außerdem war eine große Anzahl von Mitgliedern an dem großen Kampf in der Metallindustrie beteiligt. Mehr als drei Viertel der Streiks konnten mit vollem Erfolg für die beteiligten Mitgliedschaften abgeschlossen werden. Nur in einigen Fällen waren die Bewegungen erfolglos. Dadurch wurde aber die Aufwärtsentwicklung nicht beeinträchtigt. Die erzielten Erfolge — es konnten in diesem Jahre 18 Tarifverträge abgeschlossen werden — hoben die Niederlagen auf und stärkten das Vertrauen zur Organisation. Im Laufe der Jahre wuchs die Zahl der Tarifverträge ganz bedeutend. Durch Bildungsvorträge und Kurse konnte ein festgestützter Stamm von überzeugten Gewerkschaftlern herangebildet werden. Doch der Weltkrieg brachte eine jähe Unterbrechung dieser Aufbau- und Erziehungsarbeit. Fast 2000 Kollegen wurden im Laufe des Krieges zum Heeresdienst eingezogen, von denen über 300 nicht wieder zurückkehrten. Im Jahre 1919 vollzog sich dann wiederum eine gewaltige Aufwärtsentwicklung der Zahlstelle. Die Hilfsarbeiterinnen und -arbeiter der meisten Industrien strömten unserer Organisation zu, so daß in diesem Jahre die Zahl der Mitglieder auf über 10 000 anstieg. Aber schon nach kurzer Zeit reklamierten einzelne Organisationen die Mitglieder, die in den ihnen zustehenden Industrien beschäftigt waren. Dadurch sowie auch infolge der politischen Vorgänge dieser Zeit verringerte sich die Mitgliederzahl wieder ganz bedeutend. Auch die Inflation und die damit verbundene Entwertung des Arbeitslohnes ist nicht ohne Einfluß auf den Mitgliederstand geblieben. Doch der Stamm der Leberzeugten hat dem Verbanke die Treue gehalten, und mit war es auch möglich, alsbald wieder mit dem Aufbau zu beginnen. Diese Treue hat sich gelohnt; denn dadurch war es möglich, sofort wieder den Kampf auf Verbesserung des Arbeitslohnes zu beginnen. Freilich waren dabei wieder Schwierigkeiten zu überwinden und Opfer zu bringen. Im Jahre 1925 mußte die Kollegenschaft der chemischen Industrie einen mehrwöchigen Kampf führen. Leider konnte dabei ein momentaner Erfolg nicht erzielt werden; jedoch aber bei den späteren machte sich die Wirkung des Streikes bemerkbar.

Der im Jahre 1920 erfolgte Zusammenschluß mit dem Porzellan- und Glasarbeiterverband hat sich in der kollegialsten Weise vollzogen. Unter den 200 Mitgliedern, die dabei der Zahlstelle zugeführt wurden, waren viele langjährige kampferprobte Gewerkschaftler, die sich auch nach dem Zusammenschluß sofort wieder in den Dienst der Organisation stellten.

Auch in anderer Beziehung ist der Verband gegenüber den organisationstreuen Mitgliedern nicht undankbar geblieben. Durch die Einführung der Invalidenunterstützung wurde ein weiterer Ausbau der Unterstüßungseinrichtungen vollzogen. Rund 300 Mitglieder der Zahlstelle beziehen bereits diese Unterstützung. Als besonders erfreulich kann bemerkt werden, daß die Zahlstelle in den letzten Jahren vom politischen Meinungsstreit ziemlich verschont geblieben ist. Dadurch ist das gegenseitige Vertrauen und die innere Verbundenheit der Mit-

gliedschaft gefördert worden. Gegenwärtig kann die Zahlstelle einen Mitgliederstand von 5600 aufweisen.

Die bestehende Wirtschaftskrise laßt jedoch auch auf einem großen Teil der Mitgliedschaft. Über 20 Proz. sind schon seit Herbst vorigen Jahres arbeitslos. In der Papierindustrie arbeitet die Mehrzahl der Belegschaft schon länger als ein Jahr nur mehr 4 höchstens 5 Tage. Bis vor kurzem waren fast alle noch vorhandenen Betriebe von der Kurzarbeit betroffen. Erst in letzter Zeit ist in der chemischen Industrie und in einigen Betrieben der Papierindustrie eine kleine Besserung eingetreten. In der Ziegelindustrie sind die Aussichten infolge der geringen Bautätigkeit besonders schlecht.

Die Mitgliedschaft der Zahlstelle München begrüßt freudig den Verbandstag und spricht den Wunsch aus, daß die dort gefaßten Beschlüsse der Befundung und Aufwärtsentwicklung des Verbandes dienen mögen. Theodor Lederer.

## Wir trohen den Stürmen

Unser Verband im Jahre 1930

Gewerkschaften sind freiwillige Vereinigungen. Nur das Vertrauen der Mitglieder hält sie zusammen. Sie können keinen Zwang auf ihre Mitglieder ausüben, wie Zwangsinnungen und andere „berufsständische“ Organisationen, denen der Polizeibüffel die Mitglieder zutreibt. Krisenzeiten, wie die gegenwärtige, sind Prüfsteine des Vertrauens. Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, dessen Gesamtbericht in Form des Jahrbuchs 1930 eben erschienen ist, hat die Vertrauensprüfung im Krisenjahre 1930 glänzend bestanden. Wohl konnten die Krisenwirkungen nicht spurlos an ihm vorübergehen. Im Jahresdurchschnitt waren 35 Proz. der Mitglieder arbeitslos oder Kurzarbeiter, die Betriebsstilllegungen jagten sich, die Betriebskonzentration und Rationalisierung haben die Zahl der Arbeitsplätze ungeheuer vermindert.

In den Betrieben der K.-G. Farben-Industrie A.-G. wurden im Laufe des Jahres 1930 etwa 15 000 Arbeiter entlassen. Ende 1930 waren in dem größten Unternehmen der deutschen chemischen Industrie nicht mehr Arbeiter und Angestellte beschäftigt wie Anfang 1925. Von Anfang 1929 bis Anfang 1931 ist die Zahl der in den Betrieben der K.-G. Farben-Industrie A.-G. beschäftigten Arbeiter um etwa 31 000, die Zahl der Angestellten um etwa 4000, also insgesamt um 35 000 zurückgegangen.

In anderen Betrieben der chemischen Industrie vollzog sich eine ähnliche Entwicklung. In 11 chemischen Betrieben des Wirtschaftsbezirks Ludwigshafen a. Rh. waren Ende 1930 etwa 7000 Arbeiter weniger beschäftigt als zu Anfang des Jahres, in der Gummi-Industrie Mannheim etwa 600 Beschäftigte. Im Bezirk Frankfurt a. M. wurden in der chemischen Industrie etwa 5000 Beschäftigte abgebaut, davon allein in einer Kunstseidenfabrik etwa 1300, in der Gummi-Industrie 800.

In den Continentalen Gummi-Werken A.-G., Hannover, ging die Zahl der Beschäftigten 1930 von 17 000 auf 13 000 zurück. Am Ende 1924 beschäftigte die gleiche Gesellschaft laut Geschäftsbericht allein 14 483 Arbeiter und Angestellte. Seitdem hat die „Conti“ ein halbes Dutzend Unternehmen, darunter einige der bedeutendsten deutschen Gummi-Fabriken, aufgenommen, die insgesamt annähernd 8000 bis 9000 Arbeiter und Angestellte beschäftigten. Ende 1930 waren annähernd 9000 bis 10 000 Arbeiter und Angestellte in den Betrieben der Continentalen Gummi-Werke weniger beschäftigt als 1924.

Die Internationale Betriebskonzentration in der Lino-Lern-Industrie hat dazu geführt, daß 1930 zwei große Betriebe, das Werk „Panja“ in Döhlenhorst und das Werk Köpenick stillgelegt worden sind. Außerdem sind auch noch in den arbeitenden Werken die Belegschaften erheblich verringert, allein in dem Werk Viebigheim um etwa 450. In dem größten deutschen Papier- und Zellulose-Konzern, in der F. M. H. L. A.-G., sank die Zahl der Arbeiter im Jahre 1930 um etwa 1200.

Stilllegungen und Entlassungen auch in der Rindholz-Industrie infolge der Einführung des Rindholzmonopols. In der Ziegel-Industrie arbeitete nur ein Bruchteil der sonst beschäftigten Arbeiter. In der Zement- und Kalk-Industrie waren im Vorjahre 7000 bis 8000 Arbeitskräfte weniger beschäftigt. In Mitteldeutschland wurde die Zementfabrik Göschwitz als Folge der Fusionierung mit der Schiffschen Portland-Zement-Industrie A.-G. stillgelegt; 350 Arbeiter wurden entlassen. Auch die Mitglieder des gelben Werkereins haben diese Art „Volksgemeinschaft“ zu spüren bekommen. Nicht besser war die Beschäftigungslage in der feinkeramischen und in der Glas-Industrie. Allein im Bezirk

Niederachsen wurden 5 Betriebe der Glasindustrie mit 1400 Arbeitern stillgelegt, hauptsächlich als Folge der Gründung des Glasherstellerverbands. In der feinkeramischen Industrie Nordbairerns war die Zahl der Beschäftigten um 5000 geringer als im Vorjahre.

Unter diesen Umständen, die hunderttausenden Verbandsmitgliedern den Arbeitsplatz raubten, ist es kein Wunder, wenn die Mitgliederbewegung einen Rückschlag aufweist, den zu verhindern auch der sechshöchsten Werksarbeit nicht möglich war. Immerhin ist der Rückschlag, gemessen an der Schwere der Wirtschaftskrise, nicht groß. Dem Mitgliederdurchschnitt von 474 000 des Vorjahres steht eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 456 000 im Jahre 1930 gegenüber bei einer durchschnittlichen Beitragsleistung von 48,6 Beiträgen im Jahr. Ein Teil des Mitgliederrückganges ist auch auf die Auswirkung der abgeschlossenen Kartellverträge zurückzuführen. Einige Zahlstellen, wie Köln, Hilbesheim, Celle, Eßlingen usw. weisen auch trotz der Krise Mitgliederzunahme auf.

Auch in der Wirtschaftskrise hat der Fabrikarbeiterverband die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen der Arbeiterschaft mit Erfolg verteidigt. Für einen Teil der Mitglieder konnten im Krisenjahre 1930 neue Lohnerhöhungen durchgeführt werden. Wenn der Lohnabfall im Bereich des Fabrikarbeiterverbandes bis zum Jahresende fast überall verhindert, die Tariflöhne gehalten werden konnten, so ist das als ein nicht geringerer Erfolg zu werten. Nur in einigen kleinen Betrieben der wirtschaftlich schwer dastehenden Ziegel-Industrie und in der Glas-Industrie, auch dort begünstigt von der schlechten Wirtschaftslage, konnten die Unternehmer einen geringen Lohnabfall durchsetzen. In allen übrigen Industriezweigen setzte der Abfall der Tariflöhne erst im Frühjahr 1931 ein. Als ersten größeren Erfolg der gewerkschaftlichen Bestrebungen auf Arbeitszeitverkürzung zur Milderung der Krisennot gelang es, die Einführung der Sechsstunden-Schicht in der Textilindustrie in Hamburg und auch in anderen Orten.

Die Verbandsfinanzen litten von den Krisenwirkungen nicht verächtlich. Die Gesamteinnahmen der Haupt- und Lokalkasse betragen 22 100 832 RM, davon an Beiträgen 20 139 638 Reichsmark; gegen das Vorjahr mit 21 988 750 RM ein Rückgang von etwa 8 Proz. Dieser Rückgang ist lediglich eine Folge der großen Erwerbslosigkeit. Der Durchschnittsbeitrag der in Arbeit stehenden Mitglieder hat sogar eine kleine Steigerung erfahren. Die Gesamtausgaben haben sich erhöht, jedoch waren Eingriffe in den Vermögensbestand nicht notwendig. Außer dem Erwerb des Bürohauses in Hannover ist die Steigerung der Ausgaben ausschließlich auf die Erhöhung der Unterstützungsansgaben zurückzuführen. Im Krisenjahre 1930 hat der Fabrikarbeiterverband insgesamt 11 052 003 RM Verbandsunterstützung aus der Haupt- und Lokalkasse geleistet, davon Erwerbslosen- und Angehörtenunterstützung 9 086 410 RM. Die Invalidenunterstützung, die am 1. Januar 1930 in Kraft trat, erforderte 1 184 751 RM. Unterstützt wurden am Schlusse des Jahres etwa 13 184 invalide Mitglieder. 55 Proz. der Gesamteinnahmen an Beiträgen oder 79 Proz. der Gesamteinnahmen der Hauptkasse aus Beiträgen flossen den Mitgliedern wieder als Unterstützung zu.

Das 1. Quartal 1931 brachte mit über 3 1/2 Mill. RM Unterstützungen noch größere Anforderungen. Seit Beendigung der Inflation bis zum Frühjahr 1931 hat der Fabrikarbeiterverband insgesamt über 48 Mill. RM Verbandsunterstützung an seine Mitglieder geleistet. Auch der Sturm der Wirtschaftskrise kann die gewerkschaftliche Kraft des Verbandes nicht erschüttern. G. H.

## 12. Ausschusssitzung des ADBV.

Der Ausschuß des ADBV. trat am 20. Juni im Reichswirtschaftsrat zu seiner 12. Sitzung zusammen.

In seinem Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes wies Leipart unter anderem darauf hin, daß der Bundesvorstand zu der Frage des neunten Schuljahres Stellung genommen und eine Eingabe zu der Sanierung der Invalidenversicherung an die Reichsregierung gerichtet habe. Sowohl die Richtlinien zum neunten Schuljahr wie die Eingabe zur Invalidenversicherung sind aus der Presse bekannt. Auch über internationale Ereignisse wurde berichtet.

Leipart ging dann auf diejenigen Bestimmungen der Notverordnung ein, die auf die Durchföhrung der Verkürzung der Arbeitszeit in bestimmten Industrien abzielen. Die vorgesehenen Maßnahmen entsprechen in keiner Weise der Forderung der Gewerkschaften nach allgemeiner gesetzlicher Verkürzung der Arbeitszeit.

Der Bundesauschuß wird sich auch mit der Frage der Lehrlingsordnung beschäftigen müssen. Der Standpunkt der Gewerkschaften war stets, daß die Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge im Tarifvertrag geregelt werden sollen. Nun sind eine Reihe von Verbänden dazu übergegangen, nicht nur die Lehrverhältnisse, sondern auch die Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge in der Lehrlingsordnung zu regeln. Zu diesem Punkt liegt eine Entschlieöung vor, über die noch besonders verhandelt werden wird.

In der Aussprache trat Thiemig dafür ein, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit in der in der Notverordnung geplanten Art nur dann durchgeführt werden dürfe, wenn sie mit einem Einstellungsstopp verbunden sei. Ebenso muß ein Lohnausgleich gefordert werden. Krauß hielt es für notwendig, daß die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium in einheitlichem Sinne geführt werden. Der Einstellungsstopp muß, wenn die Arbeitszeit durch Verkürzungen geregelt werden soll, durch die gleichen Verordnungen ebenfalls eingeleitet werden. Leipart erklärte, daß die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit überall gegeben sind. Aber ihre praktische Durchführung nur in einzelnen Gewerbe-zweigen widerspricht einmal der grundsätzlichen Auffassung der Gewerkschaften und schafft außerdem weitgehende, für

die Tätigkeit der Gewerkschaften wie auch für die Wirtschaft selbst unerträgliche Verhältnisse in den Arbeitsbedingungen der einzelnen Gewerbe.

Vernhard betonte: Die Verkürzung der Arbeitszeit bleibt die Forderung der Gewerkschaften. Sie ist eine arbeitsmarktpolitische Forderung. Wir wollen arbeitslose Kollegen in die Betriebe bringen. Das ist die Begründung der Gewerkschaften. Auch Brandes erklärte es für selbstverständlich, daß die Gewerkschaften an der 40-Stunden-Woche nach wie vor festhalten müssen. Eggert bemerkte, daß in den Jahren 1924 bis 1929 eine Steigerung der Produktion um 50 v. H. eingetreten sei. Angesichts dieser Produktionssteigerung, die ein nur zu 50 v. H. ausgenutzter Produktionsapparat ermöglicht hat, muß der Bund die Arbeitszeitfrage unter großen, mit langen Zeiträumen rechnenden Gesichtspunkten betrachten. Die Arbeitszeitverkürzung liegt im großen Zuge der Entwicklung.

Leipart stellte in seinem Schlußwort als die einmütige Auffassung des Bundesvorstandes fest, daß der Einstellungsstopp auch in den Durchführungsbestimmungen festgelegt werden müsse. Bei dem Kampf um die 40-Stunden-Woche ist zu beachten, daß ihre Durchführung erst dann den Forderungen der Gewerkschaften entsprechen wird, wenn sie verbunden ist mit einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit.

### Stellungnahme zur allgemeinen Lage

Die Verhandlungen über den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zur allgemeinen Lage“ leitete Leipart mit einem kurzen Bericht über die Schritte ein, die der Bundesvorstand bei der Reichsregierung und dem Reichsarbeitsministerium unternommen habe, um vor der Veröffentlichung der Notverordnung die Auffassung der Gewerkschaften zur Geltung zu bringen. Er erwähnte insbesondere den Brief, den er einige Tage vor der endgültigen Formulierung der Notverordnung an den Reichsfinanzler gerichtet habe. Als die Notverordnung erschienen war, hat der Bundesvorstand gemeinsam mit dem KfL-Bund Stellung genommen und seine Meinung in Erklärungen dargelegt, die gleichfalls in der Presse erschienen sind. Er hat seine absehnende Haltung auch in einer Unterredung begründet, die Vertreter aller

gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit dem Reichsfinanzminister, dem Reichsarbeitsminister und dem Reichsfinanzminister am 15. Juni gehabt haben. Seipart wies in dieser Unterredung insbesondere darauf hin, daß der Lohnabbau mit Hilfe der Schlichtungsorgane ununterbrochen fortgesetzt werde und daß trotzdem neue schwere Belastungen in der Notverordnung den Arbeitnehmern zugemutet würden. Es war bezeichnend, daß die Vertreter aller Gewerkschaften in ihrer absoluten Ablehnung der sozialen Ungerechtigkeiten der Notverordnung einig waren. Die Vertreter der Gewerkschaften unterließen auch nicht, auf die Dinge hinzuweisen, die in der Notverordnung bestmöglicherweise überhaupt nicht berührt worden seien. Nichts stehe z. B. darin über die Kontrolle der Kartelle. Die Vertreter der Reichsregierung verteidigten die Unabänderlichkeit der Notverordnung im gegenwärtigen Augenblick mit dem Hinweis auf die Argumente, die ihnen bei den eingeleiteten Verhandlungen über die Revision der Reparationsregelung entgegengehalten worden seien. Wenn diese Notverordnung jetzt nicht durchgeführt werde und die Regierung zurücktrete, so werde jede kommende Regierung zu noch viel härteren Maßnahmen gezwungen sein. Die Gefahr eines Zusammenbruchs der Wirtschaft und weit größerer sozialer Not können nur gebannt werden, wenn die Bestimmungen der Notverordnung, die sie aber nicht zu vermeiden gewesen, und sie könnten sich jetzt nicht auf überhaltene Forderungen einlassen, die ja nicht nur von Seiten der Gewerkschaften und den ihnen nahestehenden Parteien gefordert würden, sondern auch von ihren Gegnern.

Die Notverordnung ist in Kraft getreten. Was ist nun weiter zu tun? Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird gewiß keine Zeit verstreichen lassen, entprechend der in letzter Stunde vom Reichsminister gegebenen Zusicherung, in eine Beratung über Aenderung von Einzelheiten einzutreten, diese Verhandlungen möglichst bald aufzunehmen. Die Frage ist, in welcher Form die Gewerkschaften ihre Forderungen auf Aenderung der Notverordnung am wirksamsten vertreten und am schnellsten durchsetzen können.

Seipart schloß seine Ausführungen ab mit einer eingehenden Begründung der Entschickung.

**In der Debatte**

Am in den Reden der Verbandsvertreter die einmütige, scharfe Ablehnung der Notverordnung zum eindeutigen Ausdruck. Nachdrücklich wurden von allen Rednern die geradezu unerträglich eingetretene in das Tarifrecht hervorzuheben, die insbesondere die Reichs-, Staats- und Gemeindearbeiter treffen. Für die Bauarbeiter schaffte die neue Notverordnung ein neues Ausnahmerecht, das alle bisherigen Maßnahmen, die in den letzten Jahren in gleicher Richtung gingen, noch überbietet. Von allen Seiten

wurde mit größter Entschiedenheit die Forderung erhoben, die hohen Pensionen zu kürzen. Die Art, in der die kleinen Einkommen befreit werden, widerspricht dem Geist der Verschonung mindestens so schroff wie die Kürzung der hohen Pensionen ihrem Buchstaben. Als eine besondere Ungerechtigkeit wurde festgestellt, daß das Reich den Tabakarbeitern, die infolge der Reichsteuergesetzgebung arbeitslos geworden sind, die Sonderunterstützung ohne weiteres entziehe.

Die finanzielle Notlage, die noch nicht überwunden ist, und verschärft wurde durch die politische Krise, wäre durch den Sturz der Regierung sicher überaus schwierig geworden. Diese Situation muß in Erwägung gezogen werden, wenn man die politischen Entscheidungen der letzten Wochen verstehen will. Ihr Sinn war, eine weitere Erschütterung des deutschen Kreditwesens zu vermeiden, eine Gefährdung der Währung zu verhindern. Es galt eine schlimmere Situation zu verhindern. Greifbare Kredite für das Kapital bedeuten in der heutigen Situation Arbeit für die Arbeiter. Das müssen auch die Arbeiter auf die Dauer einsehen. Ebenso wie sie einsehen müssen, daß bei 5 Millionen Arbeitslosen die Abwehrmittel der Arbeiterorganisationen begrenzt sind.

Auch heute ist die finanzielle Situation noch keineswegs gesichert. Gewisse Anzeichen von Hilfsbereitschaft sind vorhanden.

Am Schluß der Debatte wurde die vom Bundesvorstand vorgelegte und in unserer vorhergehenden Nummer erschienene Entschickung vom Bundesauschuß einstimmig angenommen.

In seinem Schlußwort sprach Seipart der Sozialdemokratischen Partei den Dank der Gewerkschaften für den moralischen Mut aus, den sie in den Stunden schwerster politischer Entscheidungen gezeigt hat. Die Schicksalsgemeinschaft zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften, die sich in diesen letzten Wochen in einer der großen Tradition beider Zweige der Arbeiterbewegung würdigen Weise bewährt hat, wird sich auch den kommenden Zeiten bewähren erweisen.

**Schaffung von Lehrlingsordnungen**

Zu diesem Punkt der Tagesordnung, einer Frage, die für Lehrlinge und Gewerkschaften gleich wichtig ist, sprachen Schlimme und Schleicher. Etwa 1 Million Lehrlinge befinden sich in der Ausbildung, davon etwa 750 000 bei Handwerksmeistern. Das Lehrverhältnis, das von vielen Innungsmeistern noch als reines Erziehungsverhältnis verteidigt wird, ist in Wirklichkeit Ausbildungs- und Arbeitsverhältnis. Eine Umfrage hat ergeben, daß die Meinungen der Verbände über Inhalt und Abschluß von Lehrlingsordnungen geteilt sind. Dazu herrscht im Ausbildungsstadium der Lehrlinge die größte Zersplitterung.

Zur weiteren Klärung der aufgeworfenen Streit- und Streitfragen wurde vom Bundesauschuß beschlossen, den Bundesvorstand zu beauftragen, mit den interessierten Gewerkschaften weiterzuverhandeln und über das Ergebnis der Beratungen in der kommenden Bundesauschußsitzung Bericht zu erstatten.

**Amerikas Hilfsbereitschaft**

Ein Jahr Zahlungsausschub. — Den Staatsbankrott Deutschlands vermeiden. — Zeit gewonnen.

Jetzt kam man es ja sagen: Deutschland stand in der dritten Juniwoche vor dem Staatsbankrott und vor einer schweren Katastrophe mit all ihren schlimmen Folgen für Volk und Staat. Das Unheil ist vermieden worden durch das Eingreifen Amerikas. Der amerikanische Präsident Hoover schlug der ganzen Welt vor, ein Jahr lang alle Schuldentilgungen aufzuschieben. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas verzichteten auf die rund 950 Millionen Reichsmark, die sie auf Grund der interalliierten Schuldenabkommen zu fordern haben, in der Erwartung, daß ihre Schuldner nicht nur den gleichen Betrag, sondern darüber hinaus die rund 750 Millionen, die sie von Deutschland als „Rechts-Entschickung“ nach dem Young-Plan zu erhalten hätten, ebenfalls finden, also auch auf ihren „Uberschuß“ verzichten, abgesehen von den rund 70 Millionen, die für den Dienst der Young-Anleihe erforderlich sind. Amerika verzichtet also in seinem Etatsjahr 1931/32 auf die 950 Millionen Reichsmark, wenn auch die anderen Gläubigerstaaten auf ihre 750 Millionen Reichsmark verzichten. Deutschland hätte dann 1700 Millionen Reichsmark im genannten Jahr nicht zu bezahlen. Es soll also Deutschland ein Jahr Zeit zum Auffrischen gegeben werden; andere Bedingungen sind vorläufig an den Hoover-Plan nicht geknüpft.

Von den Summen, die Deutschland zu bezahlen hätte, beläuft Frankreich 838,4 Millionen, England 362 Millionen, Italien 190,8 Millionen, Belgien 102,6 Millionen, Rumänien 12 Millionen, Jugoslawien 7,3 Millionen, Portugal 13,2 Millionen, Japan 13,2 Millionen, USA 66,1 Millionen, Griechenland beläuft auf all den Staaten 950 Millionen Reichsmark. Bei den meisten europäischen Schuldnerstaaten ist es so, daß sie, mit Ausnahme Frankreichs und Belgiens, fast jenseits von Amerika bezahlen müssen, wie sie von Deutschland erhalten. Frankreich hätte von den 838,4 Millionen Reichsmark, die es von Deutschland bekommt, 423,3 Millionen an England und Amerika zu zahlen und müßte im Falle eines Weltkollaps im Etatsjahre 1931/32 auf 415 Millionen Reichsmark verzichten. Das tut es nicht gerne, und deshalb ist Frankreich neben Italien das Land, das nicht von Hoovers Vorschlag begeistert ist, und das gegen den Plan schwere Bedenken hat.

Der Vorschlag Hoovers kam für Deutschland gerade noch zur rechten Zeit heran. Er verhinderte schwere Rückschläge für die deutsche Wirtschaft und unübersehbare Folgen für das Reich, die unzweifelhaft schon nach wenigen Tagen eingetreten wären, wenn das Abziehen der Auslandskredite nur noch einige Tage angehalten hätte. Darin liegt das Wertvolle und der ungeheure Vorteil des amerikanischen Eingreifens für Deutschland. Man kann sagen, der Schritt verzeigte Deutschland aus einer luftberührenden Unklarheit in wenigen Stunden. Die Wirkung, die der Hoover'sche Vorschlag auslöste, war sensationell. Vorher war Tag für Tag am Fall der Kurve der deutschen Wertpapiere an den Börsen Deutschlands kommende Katastrophe abzulesen wie ein nahendes Unwetter aus den Wolken der Querschnitte des Barometers. Mit einem Schlag war der Sturm abgewandt. Der rasende Fall wandelte sich in eine Steigen der Kurve. Anleihen wurden nicht mehr gezogen, und wenn das trotzdem der Fall war, wurde die Abwanderung von einem Vereinigten von Devisen abgedeckt. Damit waren die schwarzen Tage für das Reich vorbei, und die Gefahren gebannt.

Darin liegt einmal eine große Bedeutung des amerikanischen Eingreifens für Deutschland. Die andere nicht minder wichtige besteht darin, daß es in der einjährigen Frist, vorausgesetzt, daß alle Mächte ohne Einschränkung zustimmen, mit den so genannten Summen konnte Deutschland im Etat 1931/32 ins Gleichgewicht bringen, wenn, wie die Regierung sagt, die Notverordnung wirtschaftlich bleibt. Wir sind also trotz der angeblichen Erleichterung aus außerordentlich hart belastet und deshalb noch keineswegs etwa über den Berg, selbst wenn alles so werden sollte, wie es Hoover wünschte. Aber vielleicht ist nicht ausgeschlossen, daß mit diesem Schritt auch eine Neuregelung des Reparationsproblems verbunden ist, nach der vor allem Deutschland übrigt. Hoover will ja keinen Eintrag darauf ausüben und zieht die Lösung Europa zu, aber es ist ja so, daß bei allen Verhandlungen, zwischen Amerika nicht an den Reparationen beteiligt ist, es mitwirken dürfte, weil keine andere Möglichkeit gegeben war.

Die Politik Deutschlands, soweit sie Verantwortung betreffen, sind ja eifrig bemüht, besonders mit dem Hauptbetrie-

ben Frankreich in Verhandlungen zu kommen, und der Reichsminister Brüning hat sie bereits den Franzosen in einer nachdrücklichen Mundfunkrede am 23. Juni an, ob daraus etwas werden wird, muß abgewartet werden. Zu wünschen wäre es, die Hilfsaktion für Deutschland kann mit der eingeleiteten Rettungsaktion Hoovers noch nicht beendet sein, es muß mehr geschehen, wenn die schädigenden Reparationsfolgen beseitigt und die lähmende Weltwirtschaftskrise allmählich weichen soll.

Genießt Amerika will, mit seinem Vorschlag, nicht etwa nur ein Opfer bringen, sondern auch einen Vorteil haben. Es will vor allem Hindernisse für seine zurückgegangene Ausfuhr beseitigen und seine Wirtschaft auf diese Weise anregen, man darf aber nicht vergessen, daß das Vorgehen trotz dem zur rechten Zeit eine Rettungsaktion für Deutschland war, zu der sich noch andere Vorteile gesellen sollen. Inwieweit wirtschaftliche Nachteile durch den Ausfall der Sachlieferungen kommen, kann jetzt noch nicht übersehen und ermeßelt werden. Das wird erst die Zukunft ergeben und hängt ja auch davon ab, ob sich Reparationsverhandlungen mit Erleichterungsergebnissen anschließen werden und ob mit allen Ereignissen auch eine wirtschaftliche Belebung verbunden sein wird.

Wir wollen von der Zukunft nicht zuviel erhoffen, wir wollen nichts weisjagen, sondern lediglich feststellen, daß wir hart am Rande des Abgrunds standen, daß wir vor dem Sturz gerettet wurden und daß wir als Staat Zeit gewonnen, in den nächsten Monaten mit anderen Mächten politisch und wirtschaftlich über ein Stück Zukunftsgestaltung zu verhandeln. Das ist der Sinn der letzten wichtigen Ereignisse, die unser Schicksal als Volk und Staat so stark beeinflussten und von denen auch das Schicksal der Arbeiterklasse stark mit abhängig ist. Die Gewerkschaften haben ihre Forderungen bereits in der bekannten Entschickung vom 20. Juni angefündigt, möge sie dazu beitragen, die Situation zu klären und eine bessere Weltstimmung auslösen. Dann ist viel gewonnen.

**Der Weg der Reparationen**

Da das Reparationsproblem gegenwärtig in der deutschen Öffentlichkeit immer aufgeregter ist, bringen wir zur Information den geschichtlichen Werdegang der Dinge.

Mit dem gegen Ende 1920 in Kraft getretenen „Neuen Plan“ gelangte das Reparationsproblem in ein neues Stadium. Die Reparationsfrage hat länger als ein Jahrzehnt die Welt beunruhigt. Am 7. Mai jährte sich der Tag zum 12. Male, an dem die deutsche Delegation in Versailles das Friedensdiktat des Endes des Weltkrieges entgegennehmen mußte, das Deutschland u. a. die ungeheure Last der Wiedergutmachung der Kriegsschäden aufbürdete. Dies geschah damals unter Ausrufung der 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Wilson und unter dem Hinweis auf die Alleinverantwortung Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges, von der allerdings kein Staatsmann, der erst genommen werden muß, mehr zu reden wagt.

Am 27. April 1921 setzte die Reparationskommission die Reparationsschuld ultimativ auf die phantastische Summe von 132 Milliarden Goldmark fest. Damals hat Deutschland der Reparationskommission Schulversprechungen in der Höhe dieses Betrages übergeben, und zwar Bonds der Serie A und B im Werte von zusammen 50 Milliarden Goldmark, die von der Kommission sofort ausgegeben werden konnten, und 82 Milliarden Goldmark der Serie C, die erst zur Ausgabe gelangen sollten, wenn sich herausgestellt hätte, daß die deutschen Leistungen nach dem Londoner Zahlungsplan hinreichten, um auch diese C-Bonds zu verzinsen und zu amortisieren. Die deutschen Jahresleistungen sollten nach diesem Zahlungsplan 2 Milliarden Goldmark zuzüglich 26 Proz. des Wertes der deutschen Ausfuhr betragen. Deutschland geriet aber bald mit seinen Leistungen in Verzug. Es war infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten nicht möglich, die Zahlbeträge und Sachlieferungen immer regelmäßig und in vollem Umfang bereitzustellen. Die Konferenzen von Cannes und Genua, die auch die Frage eines Moratoriums (Zahlungsausschub) für

Deutschland zum Gegenstand ihrer Beratungen gemacht hatten, brachten keine nennenswerte Erleichterung für Deutschland. Inzwischen setzte sich vielmehr in Deutschland die Inflation fort, und es ergaben sich immer größere Schwierigkeiten bei der Aufbringung der Reparationen. Die Befreiung des Ruhrgebietes durch Frankreich und Belgien brachte dann das Schicksal der deutschen Währung. Als sich herausstellte, daß militärische Methoden ganz und gar nicht geeignet waren, wirtschaftliche Schwierigkeiten zu beseitigen, trat in der Reparationspolitik eine Wendung ein. Im Jahre 1924 kam dann unter Führung amerikanischer Wirtschaftssachverständiger der Dawesplan zustande.

Nach dem Dawesplan, der formell bis vor kurzem noch in Kraft gewesen ist, hatte Deutschland nach Ablauf von 4 Schonjahren eine jährliche Mindestleistung im Werte von 2 1/2 Milliarden Goldmark aufzubringen. Ab 1930 sollte zu dieser „Normalbelastung“ ein Zuschlag treten, dessen Höhe jeweils mit Hilfe eines Wohlstandsindex festzustellen werden sollte. In der Aufbringung der jährlichen Lasten waren beteiligt: Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft mit 660 Millionen Goldmark für Verzinsung und Tilgung von 11 Milliarden Reparationsanleiheverschreibungen und 200 Millionen Goldmark aus dem Aufkommen der Beförderungsteuer, die deutsche Industrie mit 300 Millionen Goldmark jährlich für Verzinsung und Tilgung von 5 Milliarden Industrieanleiheverschreibungen. Den Rest von mindestens 1250 Millionen Goldmark mußte die Reichsfinanzverwaltung bereitstellen; er belastete den Haushalt des Reiches.

Der Dawesplan enthielt als wesentlichsten Bestandteil den in der Vergangenheit viel erörterten Transferschub. Darunter war eine Bestimmung zu verstehen, nach welcher Deutschland schon durch die Aufbringung der Jahreszahlungen seiner Verpflichtungen ledig wurde, während die Umwandlung der Zahlungen in fremde Währung durch den Reparationsagenten vorgenommen werden und nur soweit erfolgen sollte, als es ohne Gefahr für die deutsche Währung möglich war. Der Dawesplan war als ein Versuch gedacht, um festzustellen, was Deutschland, ohne in wirtschafts-, finanz- und währungspolitische Schwierigkeiten zu geraten, an Reparationen zu leisten imstande sei. Der Versuch wurde bekanntlich abgebrochen, bevor er ein Ergebnis erzielt hatte. Die Initiative ging vom Reparationsagenten Gilbert aus, der den beteiligten Regierungen den Vorschlag machte, das Reparationsproblem endgültig zu regeln. Im September 1928 faßten die an den Reparationen unmittelbar beteiligten Länder den Beschluß, eine Kommission unabhängiger Sachverständiger einzusetzen, die die Bestmöglichkeit Deutschlands prüfen und den Regierungen Vorschläge für eine endgültige Lösung der Reparationsfrage machen sollten.

Die Verhandlungen begannen im Februar 1929 in Paris unter dem Vorsitz des Amerikaners Owen D. Young. Das sichtbare Ergebnis der langwierigen und schwierigen Beratungen war der Youngplan. Nach diesem neuen Zahlungsplan ist Deutschland verpflichtet, bis zum Jahre 1938 jährlich Beträge (bis zum 1. September 1939 auch noch Sachleistungen) in bestimmter Höhe, die sich zwischen 1641,8 Mill. RM im Jahre 1930/31, 2253,7 Mill. RM im Jahre 1935/36 und 897,8 Mill. RM im Jahre 1937/38 bewegen, in ausländischer Währung an die eigens dafür gegründete Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zu entrichten. Von diesen Jahreszahlungen ist ein bestimmter Teil ungeschuldet, der ungefähr dem Anteil der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft an der Reparationslast entspricht. Er muß auf jeden Fall gezahlt werden. Die jährliche Restsumme, die den Haushalt des Reiches belastet, ist geschnitten, und zwar dergestalt, daß Deutschland die Berechtigung hat, einen Zahlungsausschub zu verlangen.

Dieser Zeitpunkt scheint nun gekommen zu sein, denn die Verhältnisse in Deutschland nehmen eine Form an, die nicht als katastrophal bezeichnen kann. Ob Deutschland mit einer Neuregelung Erfolg haben wird, ist eine andere Frage; denn bestimmen tun die Gläubigerstaaten und nicht Deutschland. Das wird vielfach übersehen und außer acht gelassen. Wir wollen hoffen, daß eine für Deutschland günstige Erleichterung Platz greift.

**Ratlos und hilflos stehen sie da!**

Eine Reihe großer Tagungen wirtschaftlicher Art haben in der letzten Zeit stattgefunden. Die Generalversammlung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich führte 70 Notenbankleiter und andere führende Persönlichkeiten aus 24 Ländern zusammen. In Washington tagte die Internationale Handelskammer, wo hunderte der besten Köpfe aus allen Ländern über internationale Probleme berieten. Weder von Basel noch von Washington hat die lebende Menschheit erlösende Vorschläge gehört. Der leitende Redakteur des Handelszeitschrifts „The Economist“, Dr. Levisohn, war an der Tagung der Internationalen Handelskammer. Über die Frage, was die führenden Wirtschaftsexperten zur Beseitigung der Wirtschaftskrise zu sagen hatten, schreibt Levisohn folgendes:

„Die Antwort ist erschütternd. Ein Vakuum tut sich auf. Keine Lösung, kein greifbarer Plan, kein Vorschlag, mit dem man heute oder morgen etwas anfangen kann. Ein paar allgemeine gehaltene Formulierungen und Empfehlungen über bessere Kapitalverteilung, über eine vernünftigeren Handels- und Währungspolitik, ein paar kleine technische Nebenbemerkungen; das ist alles. Die Hilflosigkeit, mit der die Leiter der Wirtschaft der Erde gegenüberstehen, ist erschreckend. Es scheint fast, als ob Amerika noch ratlosler ist als Europa. Man fängt hier erst an, Probleme und Irrtümer zu entdecken, mit denen man sich in Europa schon bis zum Ueberdruß beschäftigt hat. Es war der tragische Höhepunkt dieses Kongresses, als der Präsident der Irish National Bank von Chicago, Melvin L. Frylor, ein Selbstmörder, der sich in jungen Jahren vom Straßengerüst an einer der angesehensten amerikanischen Finanzgrößen emporgearbeitet hat, aufstand, sich an die Brust schlug und in den Saal hineinrief: Wo sind die Industriellen, die vor dem Zusammenbruch rechtzeitig gewarnt haben? Wo sind die Finanziers, die sich dem Expansionsdrang der Industrie entgegengestellt haben? Wo sind die Bankleute, die das Publikum vor waghastigen Spekulationen bewahrt haben?“

Das ist eine treffende Kennzeichnung der Rat- und Hilflosigkeit der derzeitigen Wirtschaftsführer. In dieser Situation müssen sie weiter nichts an erwidern, als daß die „hohen“ Löhne und die Sozialpolitik an der Wirtschaftskrise schuld sind, und diese nur durch deren Revidierung beseitigt werden könnte. Es wird für alle Seiten die Tatsache festgehalten werden müssen, daß die sogenannten Wirtschaftsführer die große Weltwirtschaftskrise über sich hereinbrechen sahen, ohne irgendwie zur Eindämmung oder Beseitigung derselben Vorschläge gemacht zu haben.

Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin kauft **INDCAR-FAHRRÄDER** die Marke der Qualität



### Der Lohraub in den Ruhrglaswerken Karnap

Unter obiger Ueberschrift erschien in den kommunistischen Zeitungen „Westlicher Kämpfer“ und „Ruhrglas“ in großen Lettern ein Artikel über die im November v. J. und Juni d. J. getätigten Tarifverträge in den Ruhrglaswerken in Karnap.

Wie immer, sind nach Meinung der Kommunisten wieder einmal die Bürokraten des Fabrikarbeiterverbandes an dem Umbau der Löhne schuld, und deshalb muß die Tätigkeit dieser Bonzen in dem kommunistischen Blätterwald mal näher betrachtet werden.

In dem Bericht wird gesagt, daß die Belegschaft im November gewillt war, den Kampf mit der Firma aufzunehmen, aber die Verbandsbürokraten vereitelten dieses mit dem Hinweis, daß die Firma in Thüringen Glashütten aufgekauft und vertriebe aufgekauft, oder durch Abschließung von Verträgen aufgekauft. Die noch vor drei bis fünf Jahren vorfindende Glashüttenindustrie in Thüringen ist nicht mehr wie früher vorhanden, sie ist von dem Monopolkapital aufgekauft worden. Es kommt aber den Schmutzjungen in den kommunistischen Zeitungen gar nicht darauf an, die Wahrheit zu schreiben, sondern nur drauf los zu verleumden, in der Erwartung, daß schon etwas davon hängenbleiben wird.

Die Löhne der Kollegen in Karnap, soweit sie an Voll- und Halbautomaten beschäftigt werden, wurden im November v. J. schallig abgebaut und zwar dadurch, daß ein Teil unserer Kollegen sich von den sogenannten Selbstsparen leiten ließ, indem sie saßen „keinen Feinart Lohnabbau“ und so der Verhandlungskommission nur Schwierigkeiten machte. Mehr als zehnmal wurde mit der Firma verhandelt. In der letzten Verhandlung gelang es der Gewerkschaft, die Betriebsleitung zu bewegen, einen Nachtlohn von 65.— RM pro Woche festzusetzen, und Kollege Hoffmann empfahl die Annahme dieses Angebotes. Der Betriebsrat lehnte das Angebot jedoch unter dem Druck der Schreier ab. Die Firma rief daraufhin den sachlichen Schlichtungsausschuß zur Entscheidung an, der zunächst das Werk beschäftigte und einige Tage später einen Schiedspruch fällte, der einen Nachtlohn von 55.— RM vorsah. Die Kollegen mögen nun urteilen: Ein Angebot von 65.— RM wurde abgelehnt, und mit 55.— RM mußte man sich zufriedengeben.

Der Artikelschreiber sagt weiter, die Kollegen waren seinerzeit kampfbereit, doch hätten die Bürokraten eine Arbeitseinstellung durch allerlei Täuschungen unterbunden. In der nach Fällung des Schiedspruchs abgehaltenen Versammlung verurteilten die Kollegen, auch RM genannt, die Kollegen für einen Streik zu gewinnen. Sie scheuten nicht davor zurück, aufstatt einen Kinnstimmzettler für Streik abzugeben und verurteilten, die Versammlung für ihre politischen Zwecke zu majorisieren. Als diese Mogelei auch nichts nützte, und das Abstimmungsresultat nicht zugunsten der Drahtzieher ausfiel, ließ man an zu kaudalieren. Nachträglich schreibt man aber, Hoffmann hat die Versammlung gesprengt, obwohl die Sprengung von anderer Seite gut vorbereitet war. Daß Kollegen, die entlassen waren, nicht an einer Abstimmung teilnehmen konnten, und daß dieses nach dem Statut des Verbandes unzulässig ist, wissen auch die RM-Männer.

Mit der letzten Lohnbewegung, die am 10. Juni 1931 ihren Abschluß fand, sind die RM-Leute, wie immer, auch nicht zufrieden und der Artikelschreiber behauptet, daß bis zum Abschluß des Rahmen- und Lohnvertrages die RM-Gruppe noch nicht stark genug war, um den Abzug der sozialen Zulagen (Frauen- und Kinderzuschlag) zu verhindern. Mit anderen Worten soll es wohl heißen: „Wir behaupten, daß es im Betrieb nicht viele Dumme gibt, die der RM nachlaufen.“ Oder behauptet man, daß die Löhne nicht im allgemeinen gekürzt und der bestehende Tarif veräußert wurde und so die Kapitalisierung der RM ins Stocken geraten ist? Die soziale Zulage bestand aus einer Frauenzulage von 2.— RM und einer Kinderzulage von 4.— RM monatlich, was allerdings durch den Abzug für einen Familienunterstützungsbetrag eine ziemliche Einbuße an Lohn bedeutet. Eine so wichtige Zulage ist es aber, wenn gesagt wird, daß Gewerkschaft Hoffmann den Vorschlag machte, die sozialen Zulagen abzubauen, womit die Betriebsleitung hundertprozentig einverstanden war. Ist es dem Drahtzieher unbekannt geblieben, daß sich noch nachträglich vier Verhandlungen notwendig machten, um erneut zu einem Tarifabschluß zu kommen? Bestand nicht die Gefahr, daß ein Streikabschluß noch weitere Verschlechterungen bringen könnte? Wie überall sind in den letzten Jahren durch Betriebsstilllegungen und -einsparungen hunderte Kollegen entlassen worden, so auch in Karnap. In letzter Zeit wurden einige Kollegen neu eingestellt, darunter jedoch wenige mit großen Familien. Die Betriebsleitung erklärte frei und offen, daß die Gewerkschaft schuld daran sei, wenn keine Familienunterstützung mit großer Kinderzahl eingestellt würden. Wer die Entlassung der sozialen Zulagen kennt, muß auch wissen, was man mit dieser Einführung nach Beobachtung des Krieges bezwecken wollte, wobei die Industriellen aber heute weitestgehend abdrücken. Menschlichkeit gegenüber erwerbsfähigen Kollegen besitzen diese RM-Leute nicht, sie haben kein Interesse an der Wiedereinstellung in den Arbeitsprozess; in der Verleumdung der Massen erblicken sie ihre Daseinsbegründung.

Wer sich von der Not überzeugen will, der stelle sich vor das Portierhaus der Karnaper Glashütte. In der Zeit von 7—10 Uhr morgens besprechen mehr als zwanzig junge Burshen Einlass zum Arbeiten. Erschüttert war es, am 10. Juni von einem Jugendlichen vor dem Portierhaus zu hören: „Mein Vater sagte, wenn du heute Arbeit auf der Glashütte bekommst, soll dir die Mutter am Sonnabend auch ein Paar neue braune Schuhe kaufen.“

Alle warteten sie auf den Ausgang des Tarifabschlusses. — Kollege, was bietet euch die RM im Lohnkampf? An Dberhausen, wo wir uns auch wegen Lohnabbau in Differenzen befinden, gibt sich die RM, alle Mühe, die Kollegen für ihre Pläne zu gewinnen. Doch auch hier nützen alle großen Phrasen nichts. Ganzlich war es, von einem RM-Mitglied am 20. Mai zu hören, daß seine Mitglieder keine Unterstützung bekommen, aber an Stelle der werden sie für Essen sorgen. Man will also wahrscheinlich, wenn es zur Arbeitseinstellung kommt, die ganzen Geschäfte in Oberhausen aushalten und so raschem, was die Gewerkschaften tun, wird die Suppe austreten. Auf diese Vetelei kann sich kein Kollege einlassen. In Kämpfen braucht man einen festen Rückhalt, der die Gewähr zum Aushalten bietet, mit Suppentücken ist es nicht getan. Deshalb muß es heißen: Ginein in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Perararischer Bund! E. Hoffmann.

### Ausbau der Arbeiterchutz- gesetzgebung

Die Industriellen haben wiederholt erklärt, die Arbeiterchutzgesetzgebung belaste die deutsche Industrie so stark, daß die Konkurrenzfähigkeit nicht gegeben sei. Diese Behauptung ist so stark übertrieben, daß sie immer wieder zurückgewiesen werden muß. Die Industriellen werden die Lasten, die für die Arbeiter getragen werden sollen, stets auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen versuchen. Bei jeder Lohnverhandlung wird der Einwand geltend gemacht, die sozialen Ausgaben sind zu hoch, und nicht selten finden diese Darlegungen bei dem Schlichter ein williges Ohr, und dieser glaubt, der Arbeiterschaft ein geringeres Entgegenkommen zeigen zu müssen. So besahen in Wirklichkeit die Arbeiter und nicht die Industriellen die Hauptausgaben für die soziale Gesetzgebung. Die Arbeiter werden deshalb auch nicht aufhören, für den weiteren Ausbau der Sozialgesetzgebung zu wirken.

In der Glasindustrie werden die Arbeiter durch die Ausnahmestimmungen teilweise geschützt, aber diese Bestimmungen werden leider allzuoft umgangen. Am Sandstrahlgebläse dürfen Arbeiter unter 18 Jahren nicht beschäftigt werden, und Arbeiterinnen müssen von dieser Arbeit überhaupt ferngehalten werden. Das zeigt, wie ungesund diese Arbeit sein muß. Aber mit dem Verbot allein ist der Arbeiterschaft nicht gedient, sondern es ist für Dienstbeschäftigte, also für Erkrankte, ausreichend zu sorgen und für die Regierung besteht die Pflicht, diese Arbeiterarbeiten in die Verordnung für Berufserkrankte einzuschließen. Der Organismus des Mannes ist in ungeheurer starkem Maße bedroht, wenn er längere Zeit am Sandstrahlgebläse beschäftigt ist.

Es muß auch die Frage geprüft werden, ob nicht die am Sandstrahlgebläse beschäftigten Arbeiter ausgewechselt werden können, also nicht dauernd beschäftigt werden. Die Arbeit wirkt vornehmlich gesundheitsfördernd, wenn sie längere Zeit fortgesetzt wird; denn nur bei besonders dazu veranlagten Personen wird sich die Krankheit in kurzer Zeit zeigen.

Besonderer Wert muß aber im Interesse der Erkrankten darauf gelegt werden, daß so bald sich die Erkrankung geltend macht, die Erkrankten von dieser Arbeit entfernt und einer Heilstätte zugeführt werden. Unter keinen Umständen dürfen kranke Arbeiter mit der Entlassung zu rechnen haben; denn in diesem Falle wird der Arbeiter solange weiter arbeiten, bis er zusammenbricht. Er wird seine Erkrankung verheimlichen, um der Entlassung vorzubeugen und wird damit große Gefahren für seine Familie herbeiführen. Der Gewerbearzt Dr. Telpki, Düsseldorf, sagt in seinem Bericht:

„Daß sich die Arbeiter nicht entschließen können, einen Arbeitsnach zu verlassen, selbst wenn aus gesundheitlichen Gründen ein Arbeitswechsel notwendig ist aus Furcht vor Arbeitslosigkeit.“

Hier wird von einem hervorragenden und sehr gewissenhaften Arzt die schwere Gefahr, in der sich die Arbeiter befinden, aufgedeckt.



### Fabrikantentreiben in der Porzellanindustrie

Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse haben in der feinkeramischen Industrie Zustände geschaffen, wie sie nicht einmal beim Ausbruch der Inflation zu beobachten waren. Damals konnten sich die meisten Werke über diese Zeit hinwegberetten. Auch unsere Kollegen hatten nicht unter so schwerer Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu leiden, wie es in den letzten Jahren und Monaten der Fall war. Die Entwicklung der Industrie in den Nachkriegsjahren ist an dieser Stelle schon einige Male geschildert worden. Die leichte Absatzmöglichkeit der Produktion während der Zeit der Geldentwertung hatte zur Aufblähung der Betriebe geführt, betriebliche Verbesserungen hintangehalten. Das wurde mit einem Schlagschlag anders, als die Mark stabilisiert wurde. Die Werke mußten sich die neuen technischen Errungenschaften zu eigen machen. Sie mußten Sorge tragen, veraltete Betriebe aus dem Produktionsprozess auszuschalten.

Bei der auch von Arbeitnehmerseite erkannten Notwendigkeit der Rationalisierung wurde aber ein Tempo eingeschlagen, das in keinem Verhältnis zur Abgabemöglichkeit der Produktion stand. Es fehlte an jeglicher Beobachtung und Erwägung über die Marktlage. Wie hypnotisiert starrte man auf die Ausfuhr und trug besonders in den ersten Jahren nach der Stabilisierung durch Niederhalten der Löhne zur Verschlechterung des Binnenmarktes bei. Der konzernmäßige Zusammenschluß machte weitere Fortschritte. Die zur Verfügung stehenden Kapitalien wurden benutzt, Konkurrenzbetriebe aufzukaufen und stillzulegen. Das Schicksal der davon betroffenen Arbeiter wurde zwar bedauert, aber als unabhängig hingestellt. Selbstverständlich haben diese Betriebsaufkäufe und Stilllegungen an die Kapitalkraft der Konzerne große Anforderungen gestellt. Es brauchte daher nur wieder einmal eine größere Krise, wie sie im kapitalistischen Zeitalter unermessbar ist, zu kommen, und die falsche Unternehmerpolitik mußte Auswirkungen haben, wie sie den Nachkriegsjahren selbst nicht unangenehmer sein konnten. Die Krise hat dann auch nicht auf sich warten lassen und erschütterte seit über 2 Jahren die deutsche und die Weltwirtschaft auf das Schwerste.

Auf der Suche nach Rettung für die investierten Kapitalien ist man von Unternehmerseite wie gewöhnlich zuerst auf die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten verfallen. Seit 2 Jahren werden bei jeder Verhandlung von den Unternehmern die größten Anstrengungen gemacht, von der Lohnseite her die gemachten Versäumnisse zu regulieren. Die Löhne sind zu hoch, die soziale Belastung unermesslich, sie, nur sie allein sind schuld an der Konkurrenzunfähigkeit und am Zusammenbruch vieler Betriebe. So lautet der Schlachtruf der Unternehmer. Ist das wahr? Wir antworten nein! Die Tariflöhne in der feinkeramischen Industrie gehören erweislich zu den niedrigsten in der deutschen Industrie. Wenn die tatsächlichen Verdienste etwas höher liegen, so keineswegs durch die Einsicht der Unternehmer, sondern durch den beispiellosen Fleiß und durch die Intelligenz des Porzellanvermögens. Immer wieder haben die Arbeiter mehr aus sich herausgeholt, immer wieder nach Möglichkeiten gesucht, wie sie ihre Arbeitsmethoden verbessern konnten, nur mit den niedrigen Stückpreisen menschenwürdige Verdienste zu erzielen. Und wie steht es mit den sozialen Belastungen durch Gesetzgebung und Tarifverträge usw., von denen auch die Unternehmer der feinkeramischen Industrie bei den Verhand-

Unsere Ermahnungen richten wir hauptsächlich an die Industriellen, denen die Gesundheit der Arbeiter ebenfalls hoch stehen muß. Es darf nicht nur allein die Unterfertigung der Opfer der Industrie in den Vordergrund treten, sondern es muß auch das Gebot der Verhütung erörtert werden. Aus diesem Grunde haben sich die Arbeitervertreter, besonders unsere Betriebsräte, mit Arbeiterbeschwerden zu beschäftigen und ihre Stimme geltend zu machen.

### Belgischer Spiegelglastrust perfekt

Nachdem im September 1930 die Bildung eines belgischen Tafelglastrusts gelungen war, hat man versucht, auch die Spiegelglasindustrie in einer Gesellschaft zusammenzufassen. Nunmehr ist es nach langwierigen Verhandlungen gelungen, die bedeutendsten Spiegelglasfabriken Belgiens zu einem Zusammenschluß zu bewegen. Wie mitgeteilt wird, steht die Bildung einer Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 250 Mill. Fr. unmittelbar bevor. In dem Spiegelglastrust werden u. a. die belgische Bibbey-Dwens Gesellschaft ferner die Glaces de Charleroi und die belgische St. Gobain-Gruppe vertreten sein. Das Internationale Spiegelglas Syndikat in Brüssel, in dem auch Deutschland durch den Verein deutscher Spiegelglasfabriken in Köln vertreten ist, hat sich mit dem Plan eines Zusammenschlusses der belgischen Spiegelglasfabriken einverstanden erklärt. Jede der Spiegelglasfabriken bringt in die neue Gesellschaft ihre gesamten Aktien und Passiven ein und erhält hierfür eine bestimmte Anzahl der noch zu emittierenden Aktien des Spiegelglastrusts.

Die Bildung eines belgischen Spiegelglastrusts ist für Deutschland insofern interessant, weil die belgische Bibbey-Dwens Gesellschaft die deutsche Bibbey-Dwens Gesellschaft in Belgien kontrolliert. Außerdem ist die belgisch-französische St. Gobain-Gruppe an der deutschen Spiegelglasindustrie bzw. am Verein deutscher Spiegelglasfabriken in Köln beträchtlich interessiert.

### Tafelglastrug

Der Deutsche Hauptverband der Industrie in der Tschechoslowakei gestattete der tschechoslowakischen Tafelglasindustrie die Ausnahme des gegenwärtigen Bewilligungsverfahrens unter Hinweis auf reichsdeutsches Dumping. Dieses Dumping geht so weit, daß von der deutschen Tafelglasindustrie Zusahlungen zur Fracht geleistet werden müssen, um die Preise zu ermöglichen. Da hierdurch die Existenzgrundlagen dieser wichtigen und unter normalen Verhältnissen jeder Konkurrenz gewachsenen inländischen Industriezweige in Frage gestellt seien, müsse in diesem Ausnahmefall die Einziehung des zeitweiligen Bewilligungsverfahrens durch das Handelsministerium als berechtigt anerkannt werden. Die deutschen Tafelglasindustriellen werden nun unter ähnlicher Beweisführung mit einem tschechoslowakischen Dumping ihre Kampfmaßnahmen herantreiben und so geht der Streit hin und her mit dem Ergebnis, daß er auf dem Buckel der Arbeiter ausgetragen wird.

### Tschechoslowakei

In der Gablonzer Glaswarenindustrie hat die Krise in der letzten Zeit eine neue Verschärfung erfahren. Infolge der Absatzstagnation werden Erzeugerpreise gedrückt, wie sie seit Bestand der Gablonzer Industrie nicht zu verzeichnen waren. Die Arbeiterchaft verdient in der Woche zwischen 30 und 60 Kr. (3,50 bis 7,00 RM). Als Hauptursache der jetzigen Zustände wurde in einer Enquete die wirtschaftliche Lage Jubiens und der durch die Ueberproduktion herbeigeführte Konkurrenzkampf zwischen den Erzeugern und Exporteuren besprochen.

lungen nicht genug reden können? Gerade recht kommen da die Berechnungen des Präsidenten der englischen Handelskammer, Sir Arthur Saltsome. Dieser Herr stellt fest, daß im Jahre 1929 die soziale Belastung auf den Kopf der Bevölkerung in England 78,50 RM., in Deutschland 37,50 RM., in Frankreich 13.— RM. und in Italien 3,50 RM. betrug. Mehr als das Doppelte von Deutschland in England, welcher Industriestaat lediglich als Vergleichsmassstab herangezogen werden kann, wobei noch festgehalten werden muß, daß der Reallohn in England 30 Proz. über dem des deutschen Arbeiters liegt.

Es ist oben schon darauf verwiesen worden, daß die Unternehmer der feinkeramischen Industrie seit Jahren bemüht sind, die Löhne zu senken und die sonstigen Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Jetzt benötigen sie die tariflose Zeit dazu, besonders die Stückpreise abzubauen und den Urlaub zu verschlechtern. Wie schon in der vorigen Nummer der Zeitung bemerkt wurde, geschieht dieses teils durch die Forderung, den vom Arbeitgeberverband verfaßten Ausschlag durch Unterzeichnung eines Reverses anzuerkennen, teils durch Aufhebung der bestehenden Stückpreise und Neufestsetzung derselben mit und ohne Mitwirkung der Preiskommissionen. Bei den Firmen Rosenthal und Dürkoppenther in Selb haben die Arbeiter den von den Unternehmern hingeworfenen Forderungsschutz angenommen und befinden sich im Streik. In anderen Werken stehen die Arbeiter dicht vor gleichen Maßnahmen. Wenn die Unternehmer Kampf wollen, sollen sie ihn haben. Furcht dabei ein paar Betriebe, so haben sie sich die Folgen selbst zuzuschreiben. Aber vielleicht wollen die Unternehmer der großen Konzerne diese Gelegenheit zum großen Neinmachen benutzen und einige Werke aus dem Kampf um den Absatz ausschalten. Das scheinen manche der betroffenen Herren schon gemerkt zu haben, anders ist die Jurisdiktion der mit großem Tamtam begonnenen Aktion durch mehrere Firmen wohl kaum zu bewerten. Der Kampf um den Absatz droht in der feinkeramischen Industrie wieder einmal zu einem Kampf aller gegen alle auszuarten. Ausgetragen soll er werden auf Kosten der Arbeiterschaft. Auf äußerste gedrückte Löhne sollen das gegenseitige Unterbieten der Preise ermöglichten. Die Arbeiter tun der Industrie den besten Dienst, wenn sie auf anständige Löhne und erträgliche Arbeitsverhältnisse dringen. Sie verhindern dadurch, daß die Zustände der Vorkriegszeit wieder Platz greifen, wo jeder Unternehmer bemüht war, seinen Konkurrenten mit allen, auch den schädlichsten Mitteln aus dem Felde zu schlagen. Die Porzellanwerkstätten müssen darauf gehindert werden, wie das bekannte Eier im Porzellanladen, die Industrie zu verderben, um persönliche Vorteile zu gewinnen.

Um ihrer selbst Willen und aus den vorher skizzierten Gründen darf und muß die Arbeiterschaft von den behördlichen Stellen erwarten, daß diese Gründe Würdigung finden. Die sogenannte Aufsicht der Kollektivverträge darf nicht soweit gehen, daß das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft bei der Gestaltung der Löhne und des Arbeitsvertrages eingeengt wird. Gerade die Porzellaner müssen auch einen ausreichenden Urlaub haben. Die Notwendigkeit des Urlaubs ergibt sich aus den mannigfaltigen Gesundheitsgefahren, denen der Porzellaner bei der Ausübung seines Berufs ausgesetzt ist. Es soll hier nur die Staublung erwähnt werden. Vorbeugen ist besser als heilen. Ausreichender und entsprechend einschärftiger Urlaub ist die beste Vorbeugung.

Die organisierten Porzellan- und Steingutarbeiter erwarten daher, daß der Tarifstreik in der feinkeramischen Industrie dadurch ein Ende findet, daß die berechtigten Interessen der Arbeiterschaft gewahrt werden und die Industrie selbst gegen die selbstmörderischen, nur vom Profit diktierten Maßnahmen der Unternehmer geschützt wird.

### Stand der Bewegung in der Porzellanindustrie

Der tariflose Zustand in der feinkeramischen Industrie, der ab 1. Juni d. J. eingetreten ist, bewegt, weil kein Mantelvertrag zustandekam — das Lohnabkommen läuft bekanntlich noch — ist von einer ganzen Anzahl Betriebe dazu benutzt worden, „Erschleierungen“ für die Betriebe zu schaffen. Die Arbeitgeber halten bekanntlich die Löhne der Porzellanarbeiter für zu hoch und wollen sie abbauen, vor allem wollen sie die Stückpreise niedriger sehen, um das Lohnkonto zu entlasten. In einer Anzahl von Betrieben geht das nun nicht mehr. Man kann den Arbeitern und Arbeiterinnen nicht noch höhere Leistungen zumuten, als sie jetzt schon vollbringen, und man kann auch schließlich nicht in jedem Betrieb die Arbeiter bis aufs Blut reizen. Eine Anzahl Betriebe, die glauben, am Lohnkonto noch etwas einzusparen, haben nun nach dem 1. Juni entweder das Arbeitsverhältnis oder die Stückpreise, wenn auch nicht immer gleich in allen Abteilungen, aufgekündigt. So zum Beispiel in allererster Linie die Firma Rosenthal in Selb bei den Malern und Malerinnen und Stahlbrüderinnen. Bei den letzteren zum zweiten Male in einigen Wochen. Die Firma Kahla A.-G. hat in Freiberg, Magarethenhütte, Hermendorf, Kahla, Schönwald, Arzberg und Rößlau, auch hier nicht immer für den ganzen Betrieb, sondern nur für besondere Abteilungen die Stückpreise aufgekündigt. Die Firma Gutschentreuther in Selb hat in der Abteilung A und B den Dreher und in der Abteilung B den Maler die Stückpreise aufgekündigt. Die Firma Rosenthal in Selb-Blöberg hat ebenfalls den gesamten Dekorationsabteilungen, Malerei, Buntdruckerei und Stahlbrüderei die Stückpreise aufgekündigt. Auch Rosenthal in Kronach hat in einigen Abteilungen Stückpreise aufgekündigt. Die Firma Jäger & Co., Marktredwitz, dürfte natürlich im Reigen der Scharmacher, die jetzt am Werk sind, nicht fehlen und hat zum laundnövstesten Male die Stückpreise aufgekündigt. Triptis A.-G., Fraunheim & Adelberg, Selb, Müller, Rudolstadt, Mebel, Könis, Ludwig Wessel, Bonn, Thomas, Marktredwitz, Herwig, Käßhütte, Porzellanfabrik Schwaben, Steingutfabrik Annaberg, im Bezirk Gräfenhain, mehrere Betriebe kündigten ebenfalls die Stückpreise. Die Firmen Kalk & Reindle in Eisenberg, Schäfer & Vater in Rudolstadt, die Kaufherr-Betriebe in Schleien haben auch Lohnabzüge angemeldet. Steingutfabrik Sörnewitz und Porzellanfabrik Rupp haben Stilllegungen angemeldet. W. sind überzeugt, daß beide Betriebe Beschäftigung haben und die Stilllegungen auch nur zum Lohnabbau benutzt werden sollen.

Das Verhalten der Arbeitgeber bei dieser Bewegung geht dahin, die Löhne auf die nackte Akfordbasis zurückzudrücken. Der sprichwörtliche Fleiß und die Emigkeit der Porzellaner wird in den Betrieben, in denen die Arbeiterschaft noch etwas über die Akfordbasis verdient hat, schlecht gelohnt. Das werden sich unsere Kollegen merken. Ob das Verhalten der Arbeitgeber dazu beiträgt, die Wirtschaft anzukurbeln oder die Erzeugung von Qualitätsware zu fördern, das lassen wir dahingestellt. Viele von den Arbeitgebern, die Kündigungen ausgesprochen haben, scheinen überhaupt nicht zu wissen, was sie wollen. Vor allen Dingen übersehen sie aber die Bewegung mitmachen zu wollen. Auch das werden sich unsere Kollegen merken müssen.

Für den 30. Juni sind neue Verhandlungen über den Abschluß eines Reichsmantelvertrages vorgesehen. Ob diese zu einem Ergebnis führen, muß abgewartet werden.

### Geld, Tarifstreik der Porzellanarbeiter

In Selb lösten die Angriffe der Firmen Rosenthal und Gutschentreuther auf die Stückpreise Tarifstreik aus. Einige Personale wußten sich der Stückpreisreduzierung nicht mehr anders zu erwehren, als die Arbeit einzustellen. Im Streit standen zum Ende der Woche (21. bis 27. Juni) die Druckerinnen, Maler und Malerinnen bei der Firma Ph. Rosenthal A.-G. in Selb und die Dreher, Maler mit Kunstabteilung und Druckerinnen bei Lorenz Gutschentreuther, Abteilung B, insgesamt 20 weibliche und 23 männliche Personen.

Die Firmen haben es trotz beachtenswerter Zugeständnisse der Personale zur Arbeitseinstellung kommen lassen, das ist ein Zeichen, daß sie unmacgigbig sind und mit Gewalt den gerechten Sinn ihrer kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter brechen wollen.

Der eigentliche Grund des Kampfes ist der: Die zwei genannten Werke, die Qualitätswaren erzeugen, nehmen keine Rücksicht mehr auf die Bedürfnisse ihrer Arbeiterschaft, auch nicht darauf, daß eine Familie laundnövst viel Markt in der Woche zum Leben braucht, sondern sie üben das Recht, ihnen in der Stunde nur den von den Firmen gutgeheißenen Satz verdieners zu lassen, ohne Rücksicht auf Leistung. Daß die Arbeiterinnen und Arbeiter für sich und ihre Angehörigen im Tag, in der Woche und im Monat für Essen, Kleidung, Wohnung und sonstige Bedürfnisse ein entsprechendes Einkommen haben müssen, kümmert die Unternehmer nichts mehr, sie geben in der Stunde nur das, was sie für gut halten, ohne Rücksicht auf die Arbeitszeit, als wenn sich die Zahl der Wochenstunden auch mit der Einführung der Vierarbeit verringert hätte. Die Unternehmer werden sich schon daran gewöhnen müssen, daß ein Mensch eine bestimmte Menge Geld zum Leben braucht, und daß dem Arbeiter und der Arbeiterin auch Können und Leistung bezahlt werden muß, weil sich die der Fabrikant auch im Preis der Ware sehr hoch, besonders Rosenthal und Gutschentreuther, bezahlt lassen läßt.

Wenn das Prinzip der beiden abzugewöhnlichen Firmen Zeit Platz greifen sollte, müssen sie sich auch im Klaren sein, daß es mit der Qualitätsarbeit Schluss ist. Markenpreise, Qualitätsarbeit, Hochleistung und Hungerlöhne vereinbar sind nicht miteinander. Die kämpfenden Porzellanarbeiterinnen und Arbeiter kämpfen in Wirklichkeit für das Bestehen der Qualitätsindustrie in Selb. Sie haben mehr Interesse an Betrieben und Erhalten der selbständigen Werke als die Unternehmer. Das scheint der gegenwärtige Kampf zu zeigen.

Sie wollen jedoch hoffen, daß auf der Unternehmerrseite die Einsicht Platz greift, damit zu dem Schaden der Arbeiter nicht auch noch ein Schaden der Industrie kommt.

**Neuer Betrieb erworben**  
Die Firma Gebr. Winkler, die in Marktredwitz, Werdnigk, Schwarzenbach, Rößlau und Windisch-Eichenau Porzellanfabriken besitzt, und die kürzlich noch einen weiteren Betrieb in ihrer Nähe unter ihre Fittiche nehmen wollte, ist jetzt in der Tschechoslowakei die Porzellanfabrik „Lomocid“ in Lehau erworben haben. Damit macht der Winkler-Konzern nach, was andere Konzerne schon vor gemacht haben.

Ja, in der Porzellanindustrie geht es sehr schlecht, sie kann nur existieren, wenn sie die Löhne drückt.



### Produktionsleistung und Lohnkosten in der Ziegel-Industrie

Auf der Tagung des Tonindustrieverbandes Bayern hielt der Syndikus des Verbandes ein Referat über die wirtschaftliche Entwicklung der Ziegelindustrie. Die einzelnen Angaben wurden erläutert durch statistische Tabellen. („Tonindustrie-Zeitung“, Nr. 35, 1931). Diese Tabellen geben interessante Einblicke über Produktionsleistung und Lohnkosten. Wir bringen die Tabellen, um auch unseren Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, unsere daran geknüpften Bemerkungen nachzuprüfen:

Tabelle I.

Fabrikgänge	Jahre				
	1911	1913	1925	1928	1930
Kapazität der Werke	100	100	153	172	204
Erzeugung der Werke	100	95	70	85	50
Abfall der Werke	95	85	70	90	35
Verlauf der Kapazität	0	17	50	24	83
Verlauf der Erzeugung (Vorräte)	5	15	30	10	65

Tabelle II.

Tabellen	Jahre				
	1911	1913	1925	1928	1930
der beteiligten Werke	100	100	94	71	70
der beteiligten Arbeitnehmer	100	100	60	52	47
der Produktionsdauer	100	100	100	100	45

Nach diesen Zahlen ist die Kapazität (Erzeugungsfähigkeit) von 100 im Jahre 1913 auf 204 im Jahre 1930 gestiegen, die Erzeugung der Werke von 95 auf 50, der Abfall von 85 auf 35 gesunken. Bei 95 Prozent Erzeugung im Jahre 1913 wurden 100 Prozent der Beschäftigten gebraucht, dagegen im Jahre 1930 bei 50 Prozent der Erzeugung nur noch 47 Prozent der Arbeitnehmer. Stellen wir die einzelnen Positionen in Tabellenform nebeneinander, so ergibt sich folgendes:

- a) Erzeugung im Vergleich zur Kapazität:  
1913 95 Proz. = 95 Proz. — 1930 50 Proz. = 102 (von 204) Proz.  
Die Erzeugung ist also trotz der nur 50 Proz. Ausnutzung noch um 7 Proz. höher als 1913.
- b) Abfall:  
1913 85 Proz. = 85 Proz. — 1930 35 Proz. = 71,4 Proz. (von 204).  
Der Mindestabfall gegenüber 1913 beträgt also 13,6 Punkte gleich 16 Proz.

#### Produktion und Leistung:

95 Prozent der Kapazität im Jahre 1913 wurden geleistet von 100 Prozent der Beschäftigten, 102 Prozent der Kapazität im Jahre 1930 wurden geleistet von 47 Prozent der Beschäftigten (Siehe Tabelle II.). Im Jahre 1913 betrug die durchschnittliche Produktionszeit 8 Monate = 100 Prozent, dagegen 1930 nur 45 Prozent dieser Zeit = 3,6 Monate (Siehe Tabelle II.). Zahlenmäßig ergibt sich folgendes: 1913 waren nach dem Referat noch 30.000 Arbeiter bei einer achtmonatigen Beschäftigungsdauer vorhanden; während es im Jahre 1930 nur 14.000 bei einer Produktionszeit von 3,6 Monaten waren, dabei ist die Produktionszeit noch um 7 Proz. gegenüber 1913 höher. Das ergibt, auf den Kopf des einzelnen Beschäftigten berechnet,

### Von der polnischen Ziegelindustrie

Der Entwicklungsgrad der Ziegelindustrie in den einzelnen Landesteilen von Polen ist überaus verschieden. In Oberschlesien zum Beispiel und in den westlichen Wojewodschaften sind etwa 90 Prozent der Ziegeleien gänzlich mechanisiert; die in diesen Landstrichen gelegenen Ziegeleien haben auch in den Kriegsjahren durch die Ereignisse gar nicht gelitten. Gingen bilden im östlichen Teile des Landes, wo eine nicht unbedeutende Anzahl von Ziegeleien während des Krieges der Vernichtung anheimfiel, die nichtmechanisierten Ziegeleien durch die Mehrzahl. Es ist klar, daß sich bei diesen die Produktionskosten höher stellen, weshalb sie auf dem Baumarkt schwer konkurrieren können. Nichtsdestoweniger sind aber die Bauverhältnisse in Polen zur Zeit ziemlich günstig und die vorhandenen Ziegeleien in befriedigender Weise beschäftigt. Die Anzahl der in Betrieb befindlichen Ziegeleien beläuft sich auf annähernd dreitausend, und zwar sind darunter vorhanden 433 mechanisierte Ziegeleien, 377 Sandziegeleien, 1235 Feldziegeleien und 855 Ringöfen. Außerdem bestehen etwa 140 nicht in Betrieb befindliche Ziegeleien, von denen man 90 als Sandziegeleien annehmen kann. Die Leistungsfähigkeit der Ziegeleien in Polen war vor dem Kriege auf rund drei Milliarden Stück Ziegel berechnet worden, indes ist diese Angabe nicht genau genug. In gegenwärtiger Zeit wird die Ziegelproduktion Polens insgesamt mit rund 1,5 Milliarden Stück angegeben. Die Hauptursache der verhältnismäßig unbedeutenden Leistungsfähigkeit der polnischen Ziegelindustrie wird in dem Mangel an genügenden Baugeldern gesehen. Zweckverfehlung von Betriebskapital an die Ziegelbrennereien ist im vergangenen Jahre bei der polnischen Bank für Landwirtschaft ein Büro für Kommissions-einkauf von Ziegeln geschaffen worden, das den Kommissionsverkauf von 60 Prozent der Produktion derjenigen Ziegeleien übernommen hat, die vom Staat Kredit erhalten. Die Gesamtsumme der für die Ziegeleien seitens der Bank bestimmten Kredite beträgt rund 12 Millionen Losh, wovon 10 Millionen auf Umfakdarlehen und rund zwei Millionen auf langfristige Anleihe darlehen entfallen. In organisatorischer Hinsicht umfaßt die Ziegelindustrie vorwiegend kleine, oft saisonweise arbeitende Unternehmungen, die Zahl der Aktiengesellschaften ist jedoch in der Industrie bildet einen unbedeutenden Bruchteil der Gesamtzahl der Unternehmungen. Die Ziegeleien in den landwirtschaftlichen Kreisen bilden Territorialverbände, deren Zweck verfolgen, diesen Zweig der Landesproduktion zu schützen, zu repräsentieren und weiter zu entwickeln. Schließlich wurde Ende des Jahres 1927 eine ständige Delegation der Verbände keramischer Industrieller gebildet, welche den Zweck hat, die keramische Industrie vom allgemeinen ökonomischen Gesichtspunkt ausgehend zu vervollkommen, zu weiterer Ausdehnung und rationalem Betrieb zu fördern und ihr jealiches Interesse zuteil werden zu lassen.

Im Zusammenhang mit diesen Bestrebungen hat man in der polnischen Republik der dortigen Zementindustrie eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt, die merkwürdigerweise anfangs von rheinischen Industriellen gewendet worden ist. Der Grund dafür ist nicht durchsichtig genug, um darüber ein Urteil fällen zu können; die Tatsache besteht aber, Grundliegende Rohstoffe, die an der Zusammenlegung des Portlandzementes beteiligt sind, das sind Kalkstein und Tonerde, besitzt Polen im Überfluß. Im südwestlichen Teile der Republik Polen befinden sich Lager von hochprozentigem Kalkstein ohne jädhliche Beimengungen, ebenso von Kalkmergel, die gutes Rohmaterial zur Verarbeitung abgeben. Großen Abfall findet in der Zementindustrie und den Werken der Kohlenindustrie, diese billige und im Überfluß vorhandene Kohlen-gattung, die von den Bergwerken Oberschlesiens und des Don-

eine Leistungssteigerung um rund 220 Proz. Hierbei ist aber nicht eingerechnet die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit gegenüber 1913, so daß in Wirklichkeit sich noch eine höhere Steigerung ergibt.

Für die Diskussion über den Lohnanteil — eine der wichtigsten Fragen bei den Lohnverhandlungen — ergeben sich an Hand dieser Ergebnisse bedeutsame Feststellungen. Im Jahre 1913 betrug der Stundenlohn des Ziegelarbeiters durchschnittlich 25 Pf. Bei 12stündiger Arbeitszeit pro Tag wären das 3 RM Tagelohn. In der Statistik (Tabelle II) sind für 1911 100 Proz. der Beschäftigten angegeben, rechnen wir 100, so sind das 300 RM Lohn pro Tag. 1929 betrug der Stundenlohn 75 Pf. durchschnittlich, das ergibt pro Tag bei 8stündiger Arbeitszeit 6 RM; es betrug die Beschäftigtenzahl nach der angegebenen Statistik aber nur 47 Proz.; setzen wir das in Vergleich mit 100, so bekommen wir eine Tageslohnsomme von 282 RM. Wenn man nun die Lohnsumme der Produktionszeit umrechnet, ergeben sich folgende Resultate:

1913: 100 Beschäftigte à 3 RM, 8 Monate Produktionszeit = 210 Tage = 63.000 RM.  
1930: 47 Beschäftigte à 6 RM, 3,6 Monate Produktionszeit (45 Proz. von 1913 in der Tabelle II angegeben) plus 90 Tage = 25.380 RM.

Die Lohnkosten betragen also:  
1913: Bei einer Erzeugungsziffer von 95 Proz. 63.000 RM  
1930: Bei einer Erzeugungsziffer von 102 Proz. 25.380 RM  
Die Lohnkosten haben sich demnach, obwohl die Produktion um gut 7 Proz. höher lag, um 37.620 RM = 59,7 Proz. gesenkt. Der Lohnanteil beträgt also heute nur noch 40,3 Proz. der errechneten Lohnanteiles vom Jahre 1913.

Machen wir uns diese Feststellung einmal an einem Beispiel klar:

Nach den Angaben zahlreicher Ziegeleibesitzer betrug der Lohnanteil in der Vorkriegszeit 40—50 Proz. des Verkaufspreises, bei 24 RM pro 1000 Steine = 9,60 bis 12 RM. Bei Zugrundelegung obiger Berechnung sinkt der Lohnanteil von 9,60 bis 12 RM um 40,3 Proz. = 3,79 bis 4,84 RM. Der Lohnanteil würde sich also im Jahre 1930 — immer vorausgesetzt, daß die Angaben in den Tabellen und die weiteren Angaben, insbesondere die der Beschäftigtenzahlen des Geschäftsführers des Bayerischen Tonindustrieverbandes stimmen — nur auf 16 bis 20 Proz. bzw. auf 3,79 bis 4,84 RM pro 1000 Steine bei einem Steinpreis von 24 RM stellen. Da der durchschnittliche Steinpreis im Jahre 1930 in Bayern aber mindestens 44 RM pro Tausend betrug, ergeben 3,79 bis 4,84 RM pro 44 RM nur 8,4 bis 11 Proz. Lohnanteil.

Zu diesen Ergebnissen kommen wir, wenn wir uns streng an die statistischen Angaben des Bayerischen Tonindustrieverbandes halten. Lediglich die Produktionszeit (8 Monate 1913) und die Stundenverdienste sind von uns. Diese Angaben dürften aber kaum bestritten werden können, denn sie wurden in mehreren Verhandlungen und Besprechungen auch von Arbeitgeberseite gemacht.

Wir halten demnach unsere schon oft zum Ausdruck gebrachte Meinung aufrecht, daß der Lohn auch in der Ziegelindustrie nur eine untergeordnete Bedeutung hat, und daß es nicht möglich ist, mit Lohnabbau die Wirtschaft anzukurbeln.

brocha-Mebiers gerne angeboten wird. Die Zahl der Zementwerke Polens beträgt gegenwärtig sechzehn, und zwar in der Mittelpolens dieser Industrie das polnische Kohlenrevier. In der Wojewodschaft Pielce bestehen gegenwärtig sieben Zementwerke, in der Wojewodschaft Krakau drei, und in anderen Wojewodschaften 6 Zementwerke. Alle diese Betriebe sind so gut wie benachbart und sie weisen einen gemeinsamen Charakter auf, denn über ihren Sitz entscheidet die Nähe der Kohle als ihre Kraftquelle. Zwölf der Betriebe sind mit Rotationsöfen ausgestattet, ein Betrieb besitzt eine Rotationsrotationsanlage, Schlen Gruber, die übrigen Fabriken besitzen die älteren Schachtöfen in Betrieb. In einem neuzeitlich eingerichteten Zementwerk ist der ganze Erzeugungsprozess nahezu völlig mechanisiert. Aber die sich hieraus ergebenden Vorteile sind nur durch die Vergrößerung des Anlagekapitals zu erzielen. Alle Unternehmungen der polnischen Zementindustrie sind in drei Wirtschaftsvereinigungen gruppiert, und zwar im Verband der polnischen Portlandzementfabriken in Warschau, dessen Aufgabe die Wahrung der Berufsinteressen der polnischen Zementindustrie ist, weiter in der Gesellschaft mit beschränkter Haftung, der Zementindustrie in Warschau, die als Zentralzementverkaufsbüro für Polen darstellt und alle Innenmärkte mit diesem Artikel beliefert, und in der Genossenschaft mit beschränkter Haftung, dem sogenannten Zementexport, der die Gewinnung der neuen Absatzmärkte im Ausland und der Export polnischen Zementes zum Ziel hat. Die letzten Nachrichten über den auswärtigen Absatz polnischen Zementes beziehen sich auf Brasilien, Argentinien, Litauen, Lettland, Rumänien, Schweden, Desterreich, Tschechoslowakei und Deutschland.

### Wir vertragen uns wieder.

In Nr. 48 „Keramischer Bund“ vom 29. November 1929 hatte der Unternehmer dieses Artikels eine Notiz „Unmensliche Ausbeutermethoden“ gebracht, der sich mit den Verhältnissen in dem Kalkhandelswerk Max N i w y l u s, Tilsit Stadttheide, beschäftigte. Nach unzähligen Auseinandersetzungen ist es nun für die dortige Belegschaft zum Abschluß eines Lohn- und Tarifvertrages gekommen, und zwar derart, daß die dort beschäftigte Arbeiterschaft die für die hiesige Ziegelindustrie allgemein gültigen Arbeitsbedingungen zustanden erhalten hat.

In der Verhandlung vor dem Herrn Schlichter für die Provinz Ostpreußen ist es daher zum nachstehenden Einigungsprotokoll gekommen:

„Herr Lengwenat verpflichtet sich, in der Zeitung „Keramischer Bund“ eine Erklärung etwa folgenden Inhalts aufzunehmen zu lassen:  
In der Verhandlung vor dem Schlichter über den von der Gewerkschaft gestellten Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des vom Schlichtungsansicht gefällten Schiedsspruches über die Arbeitsbedingungen in dem Kalkhandelswerk N i w y l u s — Stadttheide — wurde eine Einigung zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeber auf der Grundlage des gefällten Schiedsspruches erzielt, nachdem der Vertreter der Gewerkschaft erklärt hatte, daß, soweit der im „Keramischer Bund“ am 29. November 1929, Nr. 48, 5. Jahrgang, veröffentlichte von ihm unterzeichnete Artikel beleidigend Angriffe oder etwa auf Grund irrtümlicher Informationen unrichtige Angaben enthält, er diese beleidigende Äußerungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückziehe.“

# Gau und Zahlstellen

## Gau 4, Wochenendkursus.

Im Gau 4 fand am 14. Juni für den Bezirk Köslin im Kösliner Volkshaus ein Wochenendkursus statt. 35 Kolleginnen nahmen daran teil. Behandelt wurden die Themen: „Arbeiterinnen-schutz“ von Regierung- und Gewerberat Winterbager, Köslin, und „Mitarbeiter der weiblichen Mitglieder in den Gewerkschaften“ von Anna Hammer, Hannover.

Im Referat zum 1. Thema wurde u. a. ausgeführt, daß neben der besonderen Eignung in der Hauptfrage als Ursache der Frauenerwerbsarbeit die wirtschaftliche Not gesehen werden muß. Die immer weiter um sich greifende Frauen- und Kinderarbeit im kapitalistischen Zeitalter ergab für den Staat schon frühzeitig die dringende Notwendigkeit, Schutzmaßnahmen zu treffen. Die ersten Kinderschutzgesetze wurden 1839 erlassen. Die ersten Arbeiterinnenschutzgesetze 1878. Für Wöchnerinnen wurde ein Beschäftigungsverbot für drei Wochen nach der Niederkunft erlassen. Weitere Schutzbestimmungen wurden 1891 und 1908 geschaffen. Die Höchstarbeitszeit für Arbeiterinnen wurde 1891 auf 11 Stunden täglich und 1908 auf 10 Stunden festgelegt. Von 1908 bis zum Kriege sind Fortschritte im Arbeiterschutz nicht besonders aufgezeigt. Während des Krieges wurden die geltenden Schutzbestimmungen über die Arbeitszeit und den Mutterschutz teilweise außer Kraft gesetzt. Nach dem Kriege trat dann der Achtstundentag in Kraft, der durch die Arbeitszeitnotverordnung vom Jahre 1927 wieder durchbrochen wurde. Die Bestimmungen über Mutterschutz wurden in der Nachkriegszeit wesentlich ausgebaut. Die Arbeiterin kann 8 Wochen vor der Niederkunft ihre Arbeit aufgeben und genießt einen gesetzlichen Kündigungsschutz bis 6 Wochen nach der Niederkunft. Im Falle fortwährender Erwerbsunfähigkeit nach Ablauf von 6 Wochen erstreckt sich der Schutz auf weitere 6 Wochen, also auf 12 Wochen nach der Niederkunft. Leider machen die Arbeiterinnen nur sehr ungenügend Gebrauch davon. Sie nützen die ihnen zustehenden Rechte nicht aus.

Wir unterscheiden zwischen: Arbeiterschutz, Vertragsschutz, Unfallschutz und Gesundheitsschutz. Dem Unfallschutz muß größte Bedeutung beigemessen werden. Nach den statistischen Angaben vom Jahre 1928 entfiel auf je 10 Arbeitnehmer weniger von Unfällen betroffen als die Arbeiter. 1928 entfielen 7,8 Prozent der Unfälle auf die Arbeiterinnen. Seit 1884 haben wir ein Unfallversicherungsgesetz. Demnach müssen die Unternehmer ihre Arbeiter gegen Unfall versichern.

Das Kapitel Gesundheitsschutz ist für die Arbeiterinnen auch besonders wichtig. Stellen wir doch durch die verschiedenen Krankenkassenberichte fest, daß Erkrankungsgefahren bei Frauen viel größer sind als bei Männern. Die liegende oder stehende Beschäftigung, die Arbeit in feuchten Räumen, die Einwirkung der schädlichen Gifte bei der Arbeit im Spritzverfahren und bei der Gummiabarbeitung, sowie die Staubgefahren in den Porzellan- und anderen Fabriken wirken sich in mancherlei Hinsicht auf die Gesundheit der Arbeiterinnen ungünstig aus. Deshalb wurden auch besondere Vorschriften erlassen über Einrichtung der Arbeitsräume und Betriebshygiene. In verschiedenen Industrien wurde die Frauenarbeit in einzelnen Abteilungen überhaupt verboten. Die Anfragen, die in der Diskussion gestellt wurden, fanden zufriedenstellende Beantwortung durch den Referenten.

Kollegin Hammer leitete ihre Ausführungen ein mit der Bemerkung, daß es ihr darauf ankomme, die anwesenden Kolleginnen zweckmäßig zur Diskussion anzuregen. Deshalb behandelte sie auch ihr Thema in Form von Arbeitsgemeinschaft. Die Arbeiterinnenbewegung ist noch verhältnismäßig jung. Die Arbeiterinnen waren viel länger gänzlich rechtlos als die Arbeiter. Die letzte Schranke der Koalitionsfreiheit fiel erst 1908 durch Beseitigung des § 8 im Vereinsgesetz. Aus der Hand der sozialistischen Volksbeauftragten erhielten die Frauen 1918 die vollen Staatsbürgerrechte. Die Frauen können heute auch mitwirken als Beisitzer beim Arbeitsgericht, bei der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung, als Betriebsratsmitglieder, in den Sachausschüssen und anderen Körperchaften. Die Erfolge, die im Kampf um Frauenrecht erzielt wurden, sind fast ausschließlich auf die Tätigkeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zurückzuführen. Sofern die Frauen und Mädchen erwerbstätig sein müssen, haben sie auch die Verpflichtung, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Im Jahresdurchschnitt 1929 zählte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund 722 892 weibliche Mitglieder. Am 1. Januar kamen auf 100 männliche Mitglieder 15,8 Prozent weibliche. Der Durchschnitt der weiblichen Mitglieder, der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände beträgt 15,1 Prozent. Der Anteil der weiblichen Mitglieder im Verband der Fabrikarbeiter beträgt 20,8 Prozent. Wir müssen leider infolge der wirtschaftlichen Lage einen Verlust an weiblichen Mitgliedern buchen. Das muß wieder ausgeglichen werden durch aktivere Werbetätigkeit der Funktionärinnen. Ein großer Teil der Kolleginnen hat aber nicht nur der Organisation die Treue bewahrt, sondern auch erkannt, daß sie mitarbeiten müssen in der Organisation.

In Rede und Gegenrede wurden dann die Aufgaben der Funktionärin aufgezeigt. Die Erfolge, die im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht wurden, gilt es im Betrieb zu überwachen. Einhaltung des Tarifvertrages, sowie Beachtung der Bestimmungen über Gesundheits- und Unfallschutz muß gefordert werden. Im Betriebe müssen die verschiedenen Situationen für unsere Sache und besonders organisatorisch besser ausgewertet werden. Nach Erweiterung der verschiedenen Agitationsmöglichkeiten innerhalb wie außerhalb des Betriebes, und mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit der aktiveren Mitarbeit der Kolleginnen im Verbandsleben fand das Referat seinen Abschluß.

Kollegin Wiesenhütter schloß den Wochenendkursus mit einem Appell an die Kolleginnen, alles Gehörte weiterzutragen und im Interesse der Organisation, der Aktionsfähigkeit des Verbandes, zu wirken und zu werben.

## Vierteljahrsversammlung. Eberswalde

Die Tagesordnung der letzten Vierteljahrsversammlung der Zahlstelle Eberswalde umfaßte nicht weniger als neun Punkte, von denen insbesondere drei herausgegriffen werden sollen. Den Bericht der Ortsverwaltung gab der Kollege Gläser, den Passenbericht der Kollege Ziemann. Kollege Gläser streifte die wirtschaftliche Lage im allgemeinen, ging auf das Erwerbslosenproblem und die Einführung der Vierzigstundenscheine ein, berichtete im Anschluß darauf über die örtlichen Blänkleien mit den Arbeitgebern, die Betriebsratswahlen, und erwähnte zuletzt das Organisationsverhältnis in den Betrieben. Die Tätigkeit der Ortsverwaltung lag neben der schriftlichen Arbeit in der Erledigung von 82 Sitzungen, Konferenzen, Vertretungen vor dem Spruchauschuß des Arbeitsamtes u. a. m. An Hand von Beispielen zeigte Kollege Gläser, mit welcher Raffinesse Arbeitgeber dazu übergehen, die tariflichen Abmachungen zu umgehen. Die Firma Büscher & Hoffmann, Dachpappenfabrik, konnte nicht die Zeit abwarten, die Afforde des geforderten Lohnabkommens vorzeitig zu reduzieren. Während nach dem

Reichsmantelstarifvertrag zwischen der Firmenleitung und der geleglichen Betriebsvertretung eine Vereinbarung getroffen werden mußte, machte es sich die Direktion einfach und leicht, indem sie einem Betriebsratsmitgliede einen Zettel in die Hand drückte mit dem Bemerken „diese Afforde habe ich ausgearbeitet, ein anderer Afford wird von heute ab nicht mehr gezahlt.“ Herr Gammrad machte aber die Rechnung ohne dem Wirt, denn unsere Kollegen reagierten darauf und arbeiteten vom fraglichen Tage ab im Lohn. Der Herr Direktor in seiner Verärgerung ging nun dazu über, andere Leute auf Grund eines Reverses einzustellen und Afford nach dem neuen Satz zu leisten. Weiter sollten, da es sich um einige schon früher beschäftigte Arbeiter handelte, die Rechte des Urlaubs aus den früheren Jahren für null und nichtig erklärt werden. Die Zahlstelle zählte am Schlusse des Quartals 392 Mitglieder. Erwerbslos waren 30 Prozent der Kollegen. Länger Zeit nahmen die eingereichten Anträge zum Verbandsstag, sowie der Bericht über die abgeschlossene Lohnverhandlungen ein. Die Diskussion nach allen Punkten war sachlich und von dem Geiste getragen, die Arbeiterschaft möge sich andere Verhältnisse schaffen. Zusammenfassend muß gesagt werden, daß die Generalversammlung den guten Willen des Hauptvorstandes und des VVWB, in dieser kritischen Lage im Interesse der arbeitenden Schichten nach einem Ausweg zu suchen und Abhilfe zu schaffen, würdigt. Es muß aber betont werden, daß Theorie noch keine praktische Durchführung seitens der Gegner gewährt. Lohnreduzierungen, Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Sozialbeiträge bedeuten immerhin eine Lohnminderung von 20 Prozent pro Arbeiter und Woche. Da aber die Betriebe zu einem großen Prozentsatz unter 40 Stunden arbeiten, bedeutet die Einführung der Vierzigstundenscheine für die Arbeiterschaft ein Nichts, wenn nicht neben der Herabsetzung und der Einführung der Vierzigstundenscheine zur Erhaltung der Kaufkraft ein voller Lohnausgleich gewährt wird. Das sollte Zeitgenossen aller derjenigen sein, die in Zukunft die Lohnpolitik in der Organisation betreiben. In der Diskussion über die Anträge zum Verbandsstag werden von einigen Kollegen die Beiträge unserer Organisation in Prozenten von früher und heute berechnet. Während wir in der Vorkriegszeit bei einer Arbeits-

zeit von 54 Stunden 14 Prozent unseres Wochenverdienstes als Beitrag entrichteten, zahlen wir heute bei einer 48stündigen Arbeitszeit einen Beitrag von 8 Prozent unseres Wochenverdienstes. Da aber viele Betriebe 40 Stunden und darunter arbeiten, entsteht hier schon ein Beitrag von 3,75 bzw. 4,75 Prozent unseres Wochenverdienstes. Auf Grund der schlechten wirtschaftlichen Lage und in der Erkenntnis dessen, daß ein Stundenlohn als Verbandsbeitrag gelten soll, sah sich die Generalversammlung gezwungen, ihre Anträge zu stellen.

# Verbandsnachrichten

## Ausschlüsse

Aussgeschlossen wurden gemäß § 14, Ziffer 3a, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: **Greifswald:** Hermann Lindgreen, Mitgl.-Nr. 934 201; **Rastenburg:** Fritz Schwilowski, Mitgl.-Nr. 808 210; **Elbing:** Georg Siebed, Mitgl.-Nr. 998 227; **Waldenburg:** August Habed, Mitgl.-Nr. 46 736; **Tettau:** Fritz Fein, Mitgl.-Nr. 47 490; **Stabe:** Claus Stübe, Mitgl.-Nr. 1 117 312; **Merseburg:** Wille Ehhardt, Mitgl.-Nr. 981 026.

## Arbeitsmarkt

(Inserate unter Chißre werden nicht angenommen.)

Lüchtiger Glasmaler, ledig, firm in Brauerei-Kellame, Wajen und Beluchtungsartikeln, sucht Stellung. Angebote unter „S. 12“ an den „Peramischen Bund“ erbeten.



## Zur Frauenfrage in unserem Verbands-

Notwendige Betrachtungen zum Verbandsstag.

Gibt es überhaupt eine besondere gewerkschaftliche Frauenfrage? Manche Kollegen verneinen das. Aber bei Prüfung der Verhältnisse müssen diese fast überall, sei es im Betrieb hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen, des Arbeitsschutzes, der Mitarbeit der Kolleginnen im Betriebsrat oder als Vertrauensperson usw., oder sei es im Verbandsleben bzgl. Ausübung von Verbandsfunktionen, Delegation zu Konferenzen usw., feststellen, daß die Frauen noch sozial, wirtschaftlich und politisch allgemein benachteiligt sind. Es fällt dem Manne oft unendlich schwer, die Kollegin als wirkliche Schicksalsgenossin und als richtigen Arbeitskameraden, eben als gleichberechtigt zu sehen und zu achten. Warum das? Ist es nur noch die Ueberlieferung aus jener Zeit, in der die Frau „von Rechts wegen“ als minderwertig und unfähig bezeichnet wurde? Oder sieht man vielleicht für die Gegenwart und Zukunft oft genug in der Frau nur die Konkurrentin? Glaubt man dabei nur, die Kollegin würde den Kollegen am beruflichen Aufstieg hindern, oder ihn am Ende gar verdrängen von seinem Arbeitsplatz? Ich will auf alle Einzelheiten und möglichen Betrachtungsweisen hier nicht eingehen. Aber jedenfalls muß zur Ueberwindung der jetzigen gesellschaftlichen Anordnung ein viel größeres Kameradschaftsverhältnis sowohl im Betriebe wie im Verbandsleben Platz greifen, eben im Interesse der Organisation, und — der sozialistischen Lösung der Frauenfrage!

Ich halte es für notwendig, an dieser Stelle auf folgende Anträge zur Frauenfrage auf den zurückliegenden Verbandsstagen zu verweisen, die zum Beschluß erhoben wurden: **Frankfurt a. M., 1922, Antrag B. 15:** „Die Arbeiterin mit 18 Jahren soll als Vollarbeiterin gelten. Bei Lohnabkommen sollen für Frauen mindestens 80 Prozent der Männerlöhne gefordert werden.“ **Leipzig, 1925, Antrag A. 26:** „Den weiblichen Mitgliedern ist die gewerkschaftliche Frauenzeitschrift zu liefern.“ **Samburg, 1928, Antrag B. 13:** „Der Verbandsstag betont die Notwendigkeit der stärkeren Veranziehung unserer weiblichen Mitglieder zu den Verbandsfunktionen, insbesondere zur Werbetätigkeit unter den Arbeiterinnen selbst und beauftragt den Vorstand, in der Zusammenfassung der Kolleginnen in den einzelnen Bezirken fortzuführen. Nach Prüfung der Ergebnisse hat der Vorstand zu erwägen, ob und wann eine Konferenz der Kolleginnen erforderlich ist.“

Der diesjährige Verbandsstag wird in seiner Zusammenfassung bzgl. „Frauenvertretung“ dasselbe Bild zeigen, wie der letzte Verbandsstag in Hamburg. Nur 4 Zahlstellen haben es fertiggebracht, eine Kollegin zu delegieren, obgleich wir auch in anderen Zahlstellen befähigte Kolleginnen hatten und jetzt noch haben. Es sind z. B. auf dem Verbandsstag vertreten: 2 Zahlstellen mit 4, ferner eine Zahlstelle mit 3 und 11 Zahlstellen mit 2 Delegierten. Aber unter diesen 33 Delegierten befindet sich keine Kollegin, obgleich im Mai d. J. in den hier erwähnten 14 Zahlstellen zusammen 66 258 männlich und 23 833 weibliche Verbandsmitglieder vorhanden waren. Die 4 Zahlstellen, die eine Kollegin delegierten, haben zusammen 19 744 männliche und 8855 weibliche Mitglieder. Da die Delegierten nun gewählt sind, bleibt uns nichts anderes übrig, als der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die in Zahlstellen mit viel weiblichen Mitgliedern gewählten Delegierten sich an die Wünsche und Forderungen der Kolleginnen erinnern mögen; nicht allein auf dem Verbandsstag selbst, sondern überhaupt bzgl. Ausführung der Verbandsstagsbeschlüsse.

Wie steht es denn nun mit den berechtigten Forderungen der Kolleginnen? Die Zahl der organisierten Kolleginnen in unserem Verband betrug auf Grund der Abrechnungen am Schlusse des 1. Quartals dieses Jahres 88 866, oder 20,8 Prozent der Gesamtzahl der Organisierten. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit blieben nicht ohne psychologische Wirkungen. Jeder weiß um die Depression oder kennt wenigstens die tiefe Ergebenheit der Arbeiterinnen in ihr Schicksal. Wir dürfen uns aber nicht nur mit dieser Feststellung begnügen. Wir müssen alles daran setzen, die Arbeitslosen zu gewinnen. Die Bedenken der Kolleginnen, daß sie noch eher entlassen würden, wenn sie organisiert seien, müssen von Seiten der Funktionärinnen viel energischer bekämpft werden. Das ist natürlich nur möglich, wenn die Funktionärinnen selbst genügend aufgeklärt und von der Schlagkraft der Organisation überzeugt sind. Was taun wir nach dieser Richtung für unsere Kolleginnen? In puncto Schulungsarbeit hat der Vorstand selbst sehr viel getan. Die Konferenzen und Kurse sind nötig im Interesse der Gesamtbewegung. Das wollen wir zunächst grundtätig festhalten. Darüber hinaus haben wir als Frauen — oder besser gesagt Kolleginnen — auch Vorschläge und Forderungen geltend zu machen im Interesse der Gesamtbewegung. Wir wollen gewiß keine Sonderrechte für weibliche Mitglieder. Ist es aber ein Wunder, daß bei manchen Kolleginnen der

Gedanke auftaucht, das Statut müsse ihnen einen Rechtsanspruch auf eine weibliche Delegierte geben bei Vorhandensein einer bestimmten Zahl weiblicher Mitglieder im Zahlstellengebiet? Kolleginnen, die sich in Versammlungen und persönlich mir gegenüber in diesem Sinne äußerten, verwiesen des öfteren auch auf die Bestimmung im Parteistatut, wonach die Frauen entsprechend ihrer Mitgliederzahl nicht nur delegiert, sondern auch als Vorstandsmitglieder gewählt werden sollen. Wenn wir nur die Zusammenfassung unserer Zahlstellenverwaltungen prüfen, dann müssen wir schon erkennen, daß manches besser werden kann.

Wir werden von den Kolleginnen auch stets verlangen müssen, daß die Zahl der Mitarbeiterinnen im Interesse der Organisation und der Arbeiterinnen selbst größer wird. Warum und wobei sollten Kolleginnen überhaupt beiseite stehen? Lieber etwas fürmischer vorwärtsdrängen, selbst auf die Gefahr hin, daß das nicht von allen Kollegen gern gesehen oder gewünscht wird. Schließlich ist aber der Bewegung mehr gedient, als wenn die Kollegin dauernd in der Reserve verharrt, oder aus Verärgerung, oder um sich bei den Kollegen nicht beliebt zu machen, nicht genügend aus sich herausgeht. Es geht darum, der Frauenleistung die gerechte Wertung zu verschaffen, und das bedeutet noch viel Kampf um Frauenrechte und Frauenziele. Und dieser Kampf wird auch in der hauptsächlich abhängig sein vom Grad der Mitwirkung der Kolleginnen selbst.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung auf dem kommenden Verbandsstag, der sich mit der Frauenfrage beschäftigt, sind einige Anträge eingegangen. Die Funktionärinnen des Gau 5 Dresden beantragen eine Reichs-Frauenkonferenz unseres Verbandes. Die Kreisfelder Kolleginnen fordern, daß alle Gau 5 Frauenkonferenzen abhalten und Arbeiterinnen-Agitationskommissionen bilden. Beide Anträge haben zum Ziele, eine größere Anzahl von Funktionärinnen heranzubilden, damit die Agitation unter den Frauen mehr gefördert wird. Wie bereits erwähnt, wurde anlässlich des Hamburger Verbandsstages auch schon in Entschließung B. 13 die Notwendigkeit der stärkeren Veranziehung unserer weiblichen Mitglieder zu Verbandsfunktionen und zur Werbetätigkeit betont. In der Zusammenfassung der Kolleginnen in den einzelnen Bezirken sollte fortgeführt werden. Einige Gau 5 haben aber bis heute noch keine Frauenkonferenz veranstaltet. Warum wohl nicht? — Es wäre sehr zu wünschen, daß alle Gau 5, die es besonders angeht, zu dieser ersten Frage auch selbst ernsthaft Stellung nehmen und entsprechend der Entschließung des Hamburger Verbandsstages und auch im Sinne des jetzigen Kreisfelder Antrages zum Verbandsstag 1931 handeln würden. In Anrechnung seitens des Vorstandes hat es wahrhaftig nicht gefehlt. Der Antrag des Gau 5 7 verdient ebenfalls gewürdigt zu werden. Hier wird der Verbandsstag zu prüfen haben, ob diesem Antrag nicht schon bald entsprochen werden kann. Der Antrag Lauenburg (Bonn) auf Einführung eines Verzeihungsgeldes für weibliche Mitglieder sollte aber nicht zur Annahme empfohlen werden. Warum Sonderrechte für Frauen im Statut schaffen? Das wäre vielleicht zu verstehen und zu vertreten, wenn wir in den Betrieben nur ledige Arbeiterinnen hätten. Wir haben aber doch auch einen beträchtlichen Prozentsatz verheirateter und verwitweter Frauen. Außerdem leben wir doch auch nicht auf dem Standpunkt, daß das Mädchen mit ihrer Verheiratung den Betrieb und die Organisation zu verlassen habe. Wir wissen, daß viele Mädchen gezwungen sind, nach ihrer Verheiratung noch weiter zu arbeiten; und andere, die den Betrieb zunächst verlassen, kommen nach einiger Zeit auch wieder zur Arbeit. Wenn man glaubt, durch die Einführung eines Verzeihungsgeldes oder einer sogenannten „Aussteuerunterstützung“, wie einige wenige Verbände, die diese Unterstützung einführen, diese Sonderunterstützung für Frauen nennen, würde ein Agitationsmittel zur Gewinnung jüngerer Arbeiterinnen gegeben sein, so haben gerade die in Frage kommenden Organisationen den Beweis dafür noch nicht erbringen können. Ferner müßten die zur Auszahlung gelangenden Summen sich ja auch wie alle anderen Unterstützungsbezüge nach der Höhe der geleisteten Beiträge und der Dauer der Mitgliedschaft richten. Es würde da wohl keine Unzufriedenheit hervorgerufen, als der Agitation dienlich wäre. Es fehlt also jede plausible Begründung für solche gewerkschaftliche „Heirats-Aussteuerbeihilfe“. Es ist aber auch nicht einzusehen, daß die finanzielle und organisatorische Kraft unseres Verbandes uns im Augenblick gestatten würde, weitere Unterstützungsbezüge zu schaffen. Vor allen Dingen gilt es doch: mehr die Gleichberechtigung der Kolleginnen mit den Kollegen zu betonen! Natürlich müssen die Kolleginnen auch die gleichen Pflichten erfüllen. Jedenfalls handelt es sich hier um Grundzüge, die auch der Verbandsstag 1931 nicht außer acht lassen kann.

Anna Hammer.

# UNTERHALTUNG U. WISSEN

## Der Venusstempel / Von Wilhelm Bloss

(Fortsetzung und Schluß.)

„Meine arme Mutter!“ murmelte sie.  
 „Geht mich nichts an!“ schnarrte er.  
 Inzwischen aber gewann Käthe ihren Stolz wieder.  
 „Lassen wir meinen Bräutigam aus dem Spiel.“ sagte sie ruhig. „Aber so wie ich handle, würde ich auch handeln, wenn ich keinen Bräutigam hätte. Ich verkaufe mich nicht um eine Stelle.“  
 „Also ist Ihnen der Preis nicht hoch genug?“  
 „Wie heißt's? Ich verkaufe mich überhaupt nicht.“  
 „So, so!“  
 „Ich verteidige Ihnen ganz gewiß nicht die schuldige Achtung, aber ich will auch nicht als Ware behandelt sein.“  
 Er begann wieder Hoffnung zu schöpfen, da sie so ruhig sprach. Sie wollte sich verabschieden.  
 Da funkelten seine Augen unheimlich.  
 „Weiben Sie noch einen Moment, ich habe noch einiges mit Ihnen zu sprechen.“  
 Er holte eine Flasche Wein und zwei geschliffene Gläser und sah dieselben voll, während Käthe die Pflanzen und Silber betrachtete.  
 Als sie sich umdrehte und den Wein sah, erschraf sie.  
 „Ich trinke nichts.“ sagte sie ängstlich.  
 „Ein Gläschen meines vorzüglichen weißen Bordeaux können Sie mir nicht abschlagen.“ sagte er lebenswürdig; „nein, Sie dürfen es nicht! Schließen wir Frieden!“  
 Er zog ihr einen Sessel an den Tisch, und sie fühlte, daß sie nicht wohl ablehnen könne, wenn sie im Geschäft bleiben wollte. Erst nippte sie nur an dem süßduftenden, würzigen Wein. Aber sie fand Geschmack daran und trank bald das Gläschen aus. Wie ein Feuerstrom ging es ihr durch den Körper.  
 „Mein Wein schmeckt Ihnen; das ist recht.“ sagte Sander lächelnd.  
 „Aber sehr.“ erwiderte sie.  
 „Wann wollen Sie heiraten?“ fragte er.  
 „Sobald es geht!“  
 „Das heißt, sobald Ihr Bräutigam wieder Arbeit hat!“  
 „Ja!“  
 „Das kann noch eine Weile dauern, denn Ihr Bräutigam wird sobald nicht wieder Arbeit kriegen, wenn er seinem Sozialismus nicht abschwört.“  
 „Das wird er nie tun.“  
 „Dann kriegt er hier am Ort sicher keine Beschäftigung mehr.“  
 „Er wird sich zu helfen wissen. Er gründet sich dann eben eine Existenz, und dann heiraten wir.“  
 „Geben Sie Ihre Stellung bei mir so leicht auf?“  
 „Wieso?“  
 „Nun, die Frau eines auf der schwarzen Liste stehenden sozialdemokratischen Agitators kann und darf ich nicht beschäftigen.“  
 Käthe fuhr empor. Aber er drückte sie sanft auf ihren Sessel zurück.  
 „Hören Sie mich an! Was laßt Sie denn eigentlich so sehr, daß Sie Ihre Stellung, die Sie kaum erreicht, schon wieder auf's Spiel setzen? Geht's, Ihr Bräutigam würde wieder Arbeit bekommen. Was wird er dann verdienen? Fünf- undzwanzig, höchstens dreißig Mark in der Woche.“  
 Wieder fuhr Käthe auf.  
 „Lassen Sie mich aussprechen. Die Arbeiter leben meist ganz unvernünftig viele Kinder in die Welt. Wenn Sie so ein halbes Duzend Kanger mit dem Lohn Ihres Mannes ernähren sollen, da wird immer Schmalhans Küchenmeister sein. Was haben Sie denn von solch einem Leben, daß Sie so danach verlangt? Sie kleiden sich jetzt nett und gefallen überall. Sind Sie erst verheiratet, so werden Sie bald gealtert und verblüht aussehen und werden sich nicht mehr „schön“ rücheln können. Im Verhältnis zu dem, was Sie nach Ihrer Heirat erwartet, bereite ich Ihnen ein glänzendes Los.“  
 Käthe blickte auf, aber sie sagte nichts.  
 „Warum sollen Sie sich nicht später einmal verheiraten? Aber eine bessere Partie muß ausgedacht werden. Und inzwischen sollen Sie Ihr Leben genießen, etwas von der Welt sehen, in interessante Gesellschaft kommen, gut essen und trinken und sich schön kleiden, mit einem Wort: flott leben!“  
 Käthe wollte nun erwidern, allein die Jungs war ihr schwer; es lag ihr mit einemmal wie Blei in den Gliedern. Gaite sie zu viel von dem starken Wein getrunken; sie, die an Weingenuss gar nicht gewöhnt war?  
 „Was Sie sagen, ist ohne Zweifel sehr verlockend.“ flötete sie.  
 „Aber?“  
 „Was aber?“ lachte er. „Sie sehen doch ein, daß ich recht habe. Ich würde doch gleich, daß Sie ein vernünftiges Kind sind, wenn Sie auch einige Marotten haben.“  
 Er näherte sich ihr und streifte ihr Kinn und Wangen. Sie empfand einen starken körperlichen Widerwillen, allein sie hatte nicht mehr die Kraft, die Berührungen von Sanders Hand abzuwehren. Sie senkte tief.  
 Sander wurde ruhiger. Er sagte sie um die Hüfte und wollte sie auf seinen Schoß ziehen. Sie trankte sich mit Schwere und fühlte sich einer Ohnmacht nahe.  
 Sander war nun fast seiner Sache sicher.  
 „Kommen, mein Mädchen.“ sagte er so zärtlich und schmeichelnd als nur möglich — da vernahm er draußen einen heftigen Portschuß. Er fuhr empor — ein drohender Stoß an die Tür, sie flog auf, und Stahl stand mit zornstammenden Augen auf der Schwelle.  
 „Wie war das gekommen?“  
 Stahl hatte seiner Braut seine Maßregelung erst mitteilen wollen, wenn er wieder Arbeit gefunden; er wollte ihr Sorgen ersparen. Als er aber erfuhr, daß er auf der schwarzen Liste läge, wollte er Käthe nicht mehr verschweigen, wie es ihm ergangen. Und da er gerade an dem Warenhaus des Herrn Sander vorbeikam, so trat er ein, um zu versuchen, ob er Käthe sprechen könne.  
 Er fand sie nicht und frag eine Verkäuferin: „Kann ich meine Braut sprechen?“  
 „Nein?“  
 „Franklein Käthe Schmidt.“  
 „Ja!“  
 Das Mädchen sah den stillen jungen Mann neugierig an. Sie war eines von den demüthig abwesenden Verkäuferinnen und fürchtete, von Käthe ausgenommen zu werden. Da lag ihr ein Gedanke durch den Kopf.  
 „Wenn Sie mich nicht betrogen wollen, dann sage ich Ihnen, wo Käthe ist.“ sagte sie leise.  
 „Aber in dem da ein Geheimnis?“ rief er z. zgl.  
 „Ja!“ flüsternte sie. „Werden Sie mich gewiß nicht betrogen?“  
 „Auf mein Wort: Nein!“  
 „Nun, Käthe ist von ihm auf sein Büro berufen worden. Sonst führt eine Tür in den sogenannten Venusstempel.“  
 „Venusstempel?“  
 „Nun ja; dort trinkt man mit dem Herrn eine Flasche Wein und dann.“  
 Sie winkelte mit den Augen. Er verstand. Mit einem Winken führte Käthe zu dem Herrn, und das Mädchen schickte

hinter ihm her. Sie hatte ihre vermeintliche Nebenbuhlerin nun los.  
 Stahl flog förmlich die Treppe hinauf. Vor dem Büro Sanders wollte ein baumlanger Portier, der die Scherfleinchen seines Herrn vor unliebsamen Störungen zu bewahren hatte, den Arbeiter barsch zurückweisen; aber Stahl drang ohne weiteres in das Büro ein und schleuderte den sich ihm entgegenstimmenden Portier so heftig wider die Türe des Nebengemachs, daß der lange Perle vorläufig liegen blieb. Dann stieß er die Tür auf und stürzte hinein. Sander wollte ihm imponierend und streng entgegenreten, aber Stahl verlegte diesem, ohne ein Wort zu sagen, eine so kräftige Ohrfeige, daß der Chef der Firma Sander eine unfreiwillige Wendung machte; als er wieder stille stand, erfolgte eine zweite noch kräftigere Ohrfeige, die Sander zu Boden warf, und zwar so, daß er in seinem Sturze die Venus und die Ariadne mit sich riß und

sich unter den Trümmern der beiden Schönheiten auf dem Boden wälzte. Käthe stieß einen hellenden Schrei aus und eine Ohnmacht umfiel sie.  
 Als sie erwachte, befand sie sich bei einer mit Stahl befreundeten Arbeiterfamilie, wo man sie auf ein Sofa gebettet hatte.  
 Stahl beugte sich liebevoll über sie.  
 „Du lieber kamst zu rechter Zeit: der Wein“ — flüsterte Käthe, „Du wirst mir doch nichts Schlechtes antun? In dem Wein war etwas drin!“  
 „Ich kenne meine Käthe.“ sagte er, sie zärtlich streichelnd. „Um keinen Preis lehre ich in das Geschäft jenes Menschen zurück.“ fuhr sie fort, „der alle Mittel der Gewalt und Ungegen arme Mädchen anwendet.“  
 „Wir bleiben zusammen von nun an.“ sagte er. „Und wenn wir auch beide nun arbeitslos sind, wir werden schon wieder festen Boden unter den Füßen gewinnen.“  
 Weder Herr Sander noch sein Portier nahmen die Gerichte gegen den Sozialdemokraten Stahl in Anspruch.

### Willkommen in München!

Seid uns gegeist am Hasstand,  
 Seid uns in München willkommen,  
 Ihr Delegierten von unserem Verband,  
 Ihr Kämpfer und Streiter des schaffenden Mand,  
 die ihr hier Obdach genommen.

in erster Stunde, erster Zeit  
 Habt ihr euch eingefunden,  
 Um Treue und Geschlossenheit,  
 Die dem Verbands Kraft verleiht,  
 aufs neue zu bekunden.

Kein Mißklang, kein gehässig' Spiel  
 Soll diese Tagung stören,  
 Nicht wie die R.C.O. es will,  
 Wie kennen alle unser Ziel,  
 Uns muß der Sieg gehören.

Drum fecht ans Werk zu neuer Tat  
 Trotz aller Stürme Toben,  
 Schon keimt und wächst die junge  
 Saat,  
 Schon wird ein neues Ruhmesblatt  
 für den Verband gewoben.

Hans Welg, München

hier die deutschen Kinder?“ Als von innen ein verschlafenes „Ja“ antwortete, bekamen die Kinder ein großes Paket mit Süßigkeiten. Man erfuhr später, daß eine französische Lehrerin die Spenderin war, die es sich nicht hatte nehmen lassen, mitten in der Nacht mit Gatten und Sohn an den Bahnhof zu kommen um auf diese herzliche Weise die Kinder deutscher Arbeitsloser zu begrüßen.  
 Kaum war die Ankunft der kleinen Karawane auf der Insel Cléron bekannt geworden, da sammelte sofort der Lehrer des Ortes Volus (auf der Insel Cléron) seine Schulkinder um sich um den deutschen Kindern mit Erdbeerkörben und Nussentöpfchen entgegenzugehen. Im Ort Becharville selbst, wo die Kinder jetzt vier Wochen lang verweilen, werden sie ebenfalls allenthalben auf das freundlichste behandelt. Ein Kind hat kürzlich bei der großen Hitze in einem Hause um etwas Wasser. Man gab ihm statt dessen Wein. Ein anderes Kind wurde kürzlich auf der Landstraße von einem Radfahrer mitgenommen, um es in das Heim zurückzubringen, aber schon jagte ein zufällig vorbeikommender Autobesitzer dem Radler das Kind ab und brachte es im Auto heim. Der Arzt des Ortes St. Pierre (auf der Insel Cléron), der gleichzeitig dort Bürgermeister ist, mußte kürzlich einmal ein Kind behandeln, das eine Mandelentzündung bekam, aber er verlangte keinerlei Honorar dafür: „Ich tue das gern für die deutschen Kinder.“  
 So geht es diesen glänzend. Sie haben jeden Tag am Strand des Atlantischen Ozeans und werden von der Sonne ganz braun und schwarz gebrannt, so sehr, daß ich befürchte, manche Eltern werden ihre Kinder nach Ablauf der vier Wochen später kaum wiedererkennen können, so gesund leben sie dann aus.  
 Zehn deutsche Lehrer sind der Kinderschar zur Neuauflistung beigegeben, und als Dolmetscher fungiert eine Elsässerin, weil dadurch besonders betont werden soll, daß das Elsass ein Mittler zwischen Deutschland und Frankreich sein soll und kein Streitapfel. Der französische Gewerkschaftsbund hat sich durch die Inanspruchnahme und durch die ausgezeichnete Durchführung dieser schönen Verköstigungsreise in den Herzen der jungen Kinder ein dauerndes Denkmal gesetzt.  
 Kurt Leuz.

### Film und Volk

„Ich. Presse, Rundfunk und Film sind die drei Großmächte die unter politisches, wirtschaftliches und kulturelles Leben am stärksten beeinflussen können. Während jedoch im Pressewesen der sozialistische Einfluss sich durch einige hundert eigene Zeitungen und Zeitschriften bemerkbar macht und im Rundfunk durch die staatliche Kontrolle eine gewisse Unparteilichkeit herrscht, steht der Film völlig unter privatrechtlichen, kapitalistischen Einfluss. Er gilt in erster Linie als Handelsware, als Mittel, Geld zu verdienen, und in zweiter Linie wird er in der Hand dieser Kreise zu einer recht gefährlichen Waffe im Kampfe gegen die moderne Arbeiterbewegung, im Kampfe um die Erhaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems.“  
 Spricht es nicht Wände, wenn der Leiter eines der größten Filmunternehmungen öffentlich erklärt, es könne nicht Aufgabe der Filmindustrie sein, mit einem Film kulturelle Ziele zu verfolgen, sondern es käme nur auf den Geschäftserfolg an. — Spricht es nicht Wände, daß wir mit Filmen überflutet werden, die die gute, alte Zeit so eindringlich verherrlichen?  
 Wenn auch aufmarschierende Wachtparaden und Kistenkonzerte in Sanssouci vorübergehend einen recht ansehnlichen Kassenerfolg bringen, sollen sich die Herren der Filmindustrie doch nicht täuschen. Die große Masse der organisierten Arbeiterkraft will etwas anderes als diesen süßlichen, verlogenen Kitz. Die Arbeiterkraft will Filme, die ihre Lebenswelt im Bild und nenerdings auch in Bild und Ton wahrhaftig und lebendig gestalten. Die Arbeiterkraft will Filme, die dem Kämpfer und Ringen um eine neue, bessere Zeit Ausdruck geben. Wenn die Filmindustrie sich nicht rechtzeitig diesem kulturell-kämpferischen Wollen großer Massen des Volks anpaßt, dann könnte es vielleicht möglich sein, daß die Organisationen der Arbeiterkraft selbst in irgendeiner Form die Filme der Arbeit und der Arbeiterkraft schaffen werden, auf die uns die Filmindustrie bisher hergeblid warten ließ. Anlässe zu dieser Entwicklung sind bereits vorhanden! Es wäre eine schwierige Aufgabe, die die Organisationen der Arbeiterkraft damit übernehmen würden; aber die Arbeiterbewegung hat bereits viele andere schwierigere Probleme gemeistert, und sie wird auch in dieser Frage die kapitalistische Front durchbrechen!

### Deutsche Kinder in Frankreich

Becharville auf der Insel Cléron, Mitte Juni 1931.

Der französische Gewerkschaftsbund hat im Frühjahr dieses Jahres die Initiative ergriffen, sämtliche wichtigen französischen Linksorganisationen zu einer großen Verköstigungsreise zusammenzurufen und ihnen vorzuschlagen, die Mittel dafür aufzubringen, 250 Kinder deutscher Arbeitsloser nach Frankreich einzuladen. Obwohl auch Frankreich langsam gegen eine Wirtschaftskrise zu kämpfen hat, wurde dieser Gedanke überall freudig aufgegriffen, so daß man umgehend zur Durchführung der Aktion übergehen konnte. Leon Blum, der Führer der französischen sozialistischen Partei, schrieb in der Pariser Sozialistenzeitung „Populaire“ einen begeisterten Artikel, in dem er darauf hinwies, wie glänzend der Gedanke der Gewerkschaften sei und wie notwendig es ist, daß er gerade in der gegenwärtigen Zeit der deutschen Arbeitslosigkeit allgemein unterstützt werde. Die verschiedenen politischen linksstehenden Vereine und Zeitungen griffen den Gedanken auf und berichteten ausführlich darüber. 150 000 Franken waren zur Ausführung des Projektes durch Spenden aufzubringen, und etwa 100 000 Franken sind bereits gesammelt worden. Mancher französischer Arbeiter hat sich etwas vom Lohn abgesetzt, um es den Kindern deutscher Arbeitsloser zu ermöglichen, nach Frankreich zu kommen.  
 Der französische Gewerkschaftsbund setzte sich mit den Konjunkturoffiziellen in Verbindung. Diese haben zwei eigene Heime für Erholung von Kindern auf der Insel Cléron an der französischen Westküste, und ein weiteres Haus soll im nächsten Jahr in den Vogesen gebaut werden. Nach dem „Maison heureuse“, dem „Glücklichen Haus“, dem schöneren und größeren der beiden Heime, wurden die Kinder eingeladen. Die Auswahl erfolgte in Paris und meist durch die Schulbehörden. So wurde in Hamburg von 100 Schulen je ein Kind ausgewählt. In Berlin hier auf der Insel Cléron 100 Hamburger, 50 Münchener, 44 Berliner und 50 Leipziger Kinder, Ruben und Wädelichen Teilen, im Alter von 12 bis 15 Jahren.  
 Auf der Herfahrt wurden die Kinder vom Erbfeind Deutschland glänzend aufgenommen. In Paris wurde ihnen bei der Fahrt gelegentlich eines kurzen Aufenthaltes von einigen Stunden verprochen, daß sie später bei der Rückreise zwei Tage in Paris bleiben dürfen, wo man ihnen die Kolonialausstellung zeigen werde und den Eiffelturm, nach dem sie alle gleich suchten. Als die Kinder am Bahnhof zu Paris bei der Herfahrt die „Internationale“ sangen, wurde ein Schatzmann, der die Gruppe bewachen sollte, höchst verzogen und unruhig, da er nicht wußte, ob dieser Gesang für ihn zum Einstreiten Anlaß werden sollte. Dem Schatzmann, der Führer des französischen Gewerkschaftsbundes, der selbst zum Bahnhof gekommen war, beruhigte jedoch den Polizeiamtler: „Das mag Ihnen wirklich gleich sein, daß die deutschen Kinder hier die „Internationale“ singen, denn bald werden Sie sie auch singen.“ Der Schatzmann dachte nach und hielt darauf Käthe.  
 Als die Kinder dann die Nacht durch von Paris zur Insel Cléron fuhren, hobte es nachts um 3 Uhr, als der Zug gerade im Bahnhof des Ortes Saumur stand, an das Fenster eines Abteils, in dem deutsche Kinder saßen, und eine Stimme fragte sich in deutscher Sprache mit französischem Akzent: „Sind

### Das ausgelassene Kind

Wir alle müssen uns hin und wieder einmal ausleben lassen, so recht froh und frei. So ganz ohne Vernunft und Sinn. Denn nur, wenn man mal ein paar ausgelassene, verrückte Tage gehabt hat, kann man einmal wieder eine Zeitlang Mensch sein, wie Goethe sagte.  
 Im Menschen steckt etwas vom Künstler, der es in seiner Schöpferkraft liebt, auch die alltägliche Gleichheit im Kleinen einmal zu überwinden, um er über zu sein. Dieses ist die Gleichheit, zu dem das Leben uns zwingt, ist gegen das Freie im Menschen. Und wenn das Ausleben natürlich auch innerhalb der ungeschriebenen Regeln des Kulturzusammenlebens bleibt, es ist doch einmal etwas Anderes. Freies und Frisches. Etwas vom Herrscher steckt dann in uns. Etwas vom Schöpfer. Etwas vom dem Bestimmenden und Stolzen, zu dem wir Menschen berufen sind.  
 So ist das Unterdrücken des Ausgelassenseins unseres Kindes ein Verdrehen seiner Kräfte, die da schwingen möchten zu Höhen. Menschen, die immer im Alltagsboden nur wühlen, schweben nie über dem Leben, von wo aus allein das Leben ganz und weit bis in die Ferne zu sehen ist.  
 Im Ausgelassensein erlebt sich im kindlichen Menschen der freie Mensch.